

Radi Aktiv

bayerisches Anti Atom Magazin

SONDERNUMMER 85



4 Jahre Widerstand:
Eine Dokumentation
Interview mit Robert Jungk:
DWK lügt

**SPENDENAUFBRUF
WEGEN ANTI-WAA-SPRÜHPAROLEN IN SCHWANDORF**

Anfang Dezember letzten Jahres wurden in der Innenstadt von Schwandorf mehrere Gebäude mit Anti-WAA-Parolen besprüht.

In diesem Zusammenhang wurden acht Leute von der Polizei festgenommen, die jetzt der Tat verdächtigt werden und gegen die inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung eingeleitet wurde. Es handelt sich um einen Sachschaden zwischen 50-100000 Mark.

Durch Vorbereitung und Führung der Prozesse entstehen eine Menge Unkosten (Rechtsanwälte...). Der Kampf gegen die WAA und ihre Betreiber ist unsre gemeinsame Sache! Wir fordern deshalb alle WAA-Gegner/innen auf, uns finanziell zu unterstützen.

Sollten wir aufgrund von Freisprüchen einen Teil des Geldes wieder zurückkriegen, werden wir damit einen Rechtshilfefonds aufbauen, der Leute unterstützen soll, die im weiteren Verlauf des Anti-WAA-Widerstandes mit dem Gesetz in Konflikt kommen.

Spendenkonto: Bayerische Raiffeisen-Zentralbank
(BLZ 750 600 00), Ludwig Hopfensperger,
Konto-Nummer: 10 524 622.

Buchbesprechung

Der Griff zur Bombe



Westdeutsche Plutoniumpolitik 1954 - 1984

Die Broschüre gibt einen kleinen Einblick in die Atomwaffenpolitik bundesdeutscher Regierungen seit 30 Jahren. Behandelt und dokumentiert werden:

1. Die in diesem Jahr offen genannten Atomwaffenpläne (Todenhöfer, "Europäische Wehrkunde".)
2. Die Geschichte des Widerstandes diverser Bundesregierungen gegen den Atomwaffensperrvertrag und die Kontinuität dieser Politik seit 1956.
3. Die diversen Atomwaffentechnologien, die in der Bundesrepublik auf einem Spitzenstandard entwickelt sind: Wiederaufarbeitungstechnik, Schnelle Brüter, Laser-Isotopentrennung.
4. Die (von den Atomwaffentechnologien des BRD-Imperialismus kaum zu trennenden) aktiven Bestrebungen, Langstreckenwaffen und Cruise Missile in eigener Regie zu entwickeln.

Aus dem Inhalt:

- Wieder im Gespräch: Deutsche Atomwaffen
- Dokument "Europäische Wehrkunde"
- BRD - im Ernstfall Atomwaffenstaat
- Plutoniumwirtschaft und nukleare Planungsgruppe
- WAA - "Wirtschaftlich nur als Waffentechnik"
- Europäische Atomstreitmacht durch Schnelle Brüter
- BRD entwickelt eigene Cruise Missiles

Herausgeber: KB Lüneburg
Bestelladresse: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Postfach 7685, 2 000 Hamburg 19
Tel.: 040/435320
Preis: 4,00 DM, ab 10 Ex. 3,50 DM.
Konto: PSCH-Amt Hamburg, Nr. 27175 - 203

Beide Aufkleber zum massenhaften Verkleben für 1.-/10 Stück bei NIGA: Keßlerplatz 15 8500 Nürnberg 20

Atom Express & atommüllzeitung jetzt gemeinsam!

Es ist soweit - Atom Express und atommüllzeitung haben sich zu einer Zeitung zusammengeschlossen.



Schwerpunkt 1: Wiederaufbereitung

Die Entscheidung über den WAA- Standort ist gefallen. Die Zweifel der Energiewirtschaft am Bau der WAA waren in den letzten Monaten deutlich geworden - trotzdem wird jetzt mit der Ernennung von Wackersdorf ein zügiger Baubeginn signalisiert. Wir analysieren die hinter diesem Umschwung stehenden Gründe und die Interessen der Bundesregierung.

Schwerpunkt 2: Direkte Endlagerung

Die direkte Endlagerung ist laut Kernforschungszentrum Karlsruhe billiger als die Wiederaufbereitung und hat hinsichtlich der Gefährlichkeit zumindest keine Nachteile. Die WAA-Grundsatzentscheidung weist der Direkten Endlagerung den Platz der Ergänzung anstatt der Alternative zu.

Versuch einer Einschätzung

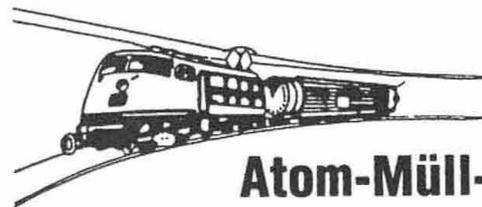
Schwerpunkt 3: Energiewirtschaft

AtomExpress/atommüllzeitung erscheint alle zwei Monate, kostet 4.- Mark (Doppelnummer 5.-) und sollte unbedingt abonniert werden.

Bestelladressen:
Atom Express,
Postfach 1945, 3400 Göttingen
und
atommüllzeitung,
Sültenweg 57, 2120 Lüneburg.

Gegen Einsendung von 4.- Mark (für Doppelnummer 5.-) in Briefmarken schicken wir gerne und prompt ein Probeexemplar zu.

DIE DB BIETET AN:



Atom-Müll-Transporte nach Mitterteich/Oberpfalz

... ein tödlicher Traum wird Realität



Keine atomare Wiederaufbereitungsanlage in Schwandorf

INHALT

IMPRESSUM

Herausgeber:
LAKO – Landeskonzferenz der
bayerischen Anti-AKW-Bürgerinitiativen

Redaktion:
NIGA – Nürnberger Initiative gegen
Atomanlagen

Bestellungen:

NIGA c/o Anita Aschenbrenner
Keßlerplatz 15
8500 Nürnberg 20

Konto: Postscheckkonto Nürnberg
Angelika Tobias - Gottschalk
(Sonderkonto)
Kto.Nr.: 21720 - 855

Ein Jahresabo (5 Ausgaben) kostet
incl. Porto 20 DM. Ein Förderabo
kostet 30 DM. Ab 5 Exemplaren
kostet 1 Exemplar 2,50 DM zu-
züglich Porto.

Einzelpreis 3,-

Auflagenhöhe: 2000

V.i.S.d.P.: Anita Aschenbrenner
Marga Schmidt
Johannes Bacher

40 000 in Schwandorf – vorher, nachher, Reaktionen	4
Wer provoziert wen? Polizei und Politiker rüsten sich	6
SPD stimmt für WAA-Arbeitsplätze	9

Standortentscheidung – Reaktionen	10
Das war erst der Anfang – Demobericht, Reden	12
Fotoseite	20



Wie geht's weiter?	25
Ein Februar in Lüchow-Dannenberg	26
Die Kirche – Kumpanei mit den Mächtigen?	27

Interview mit Robert Jungk	28
Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag	31
Chronologie des Widerstands	33
Adressen	39

In eigener Sache

Noch ist das RADI-AKTIV ein Ge-
wächs, das nur von wenigen mitgestal-
tet wird. Das soll nicht so bleiben...

Die Landeskonzferenz der bayerischen
Bürgerinitiativen hat beschlossen, das
Lako-Info, das nur einem kleinen Kreis
bekannt war, zu verbessern und zu er-
weitern. Das Ziel war und ist eine
bayerische Anti-Atom-Zeitung, die
unter Zusammenarbeit aller Initiativen
und Gruppen entsteht.

Die einzelnen Nummer des RADI-
AKTIV sollen jeweils einen themati-
schen Schwerpunkt haben und daneben
über die Aktivitäten der BIs und über
das Geschehen an den verschiedenen
bayerischen Standorten berichten. Des-
halb nochmals unser Appell: Nutzt
diese Möglichkeit und schickt Beiträge!

Der Schwerpunkt der nächsten
Nummer wird die Auseinandersetzung
mit dem juristischen Weg sein. Dabei
geht es um Möglichkeiten, seinen Stel-
lenwert und vor allem um die Auswer-

tung der Erfahrungen an den verschiede-
nen Standorten Grafenrheinfeld, Ohu,
Mitterteich usw.

Auch die Verbreitung von RADI-
AKTIV soll noch gesteigert werden.
Dazu ist es nötig, daß wir neue Grup-
pen ansprechen und auch, daß wir
überlegen, wo RADI-AKTIV verkauft
werden kann (Geschäfte, Kneipen;
Veranstaltungen...). Wir stellen uns vor,
daß viele von Euch gleich mehrere
„Radis“ bestellen und selbst für den
Verkauf sorgen.

Großer Erfolg der WAA-Gegner:

40 000 gegen die WAA

Die Teilnehmerzahl von 40 000 Demonstranten/innen auf der Großdemo in Schwandorf am 16. Februar 1985, zwei Wochen nach der WAA-Standortsentscheidung für Wackersdorf/Bay., hat alle Erwartungen bei weitem übertroffen. Sie ist ein großer Erfolg der WAA-Gegner/innen gegen die bayerische Staatsregierung und führt die von Strauß und DWK so viel gepriesene Akzeptanz der oberpfälzischen Bevölkerung ad absurdum. Selbst die Polizei mußte eingestehen, daß nur zehn Prozent der Teilnehmer aus dem restlichen Bundesgebiet kamen, der Großteil hingegen aus der Oberpfalz. Wegen der großen politischen Wichtigkeit dieser Demonstration haben wir uns bemüht, sie möglichst umfassend sowohl mit Bildern und Kundgebungsreden zu dokumentieren, als auch die Reaktionen einschlägiger Politiker im Vorfeld und im Anschluß an die Demonstration, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließen.

Reaktionen der Bayerischen Regierung: Einschüchterung und Hetze

Obwohl jedem, der auch nur ein bißchen von der Demo mitbekommen hat, und sei's auch nur über die Medien, klar war, daß die Demo überwiegend aus Oberpfälzer/innen bestand, konnte es sich der Sprecher der von der Bayerischen Staatsregierung neu geschaffenen „Koordinierungsgruppe

Wiederaufarbeitung“ nicht verkneifen, von den „teilweise von weither angereisten Berufsdemonstranten“ zu reden, denen es „nicht im mindesten um die Interessen der Oberpfälzer Bevölkerung“ gehe, „sondern allen um ihren in Technikangst und Ideologie begründeten Kampf gegen die Kernenergie“ (MZ, 18.2.85). Umweltminister Dick ging noch weiter: er sei überzeugt, daß der größte Teil der Demonstranten von auswärts angereist sei. „Wenn die, die demonstrieren, zu Hause bleiben, dann ist nämlich eine Ruhe in Wackersdorf.“ So zitierte Dick, wie er sagte, „die Bevölkerung“ (MZ, 21.2.85).

Dies steht jedoch in krassem Gegensatz zur Einschätzung des Schwandorfer CSU-Kreisvorsitzenden MdL Humbs, der da feststellen muß, daß die „Befürworter der WAA, soweit sie sich überhaupt als solche zu erkennen geben, schon sehr beleidigende Anwürfe, von denen das Wort ‚Verbrecher‘ noch nicht das schlimmste ist, gefallen lassen müssen. Es ist in der Öffentlichkeit weitaus leichter und ungefährlicher, sich als Gegner der WAA denn als Befürworter zu geben“ (MZ, 2./3.3.85).

Wo bleibt denn da die immer wieder herbeigeredete Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber der WAA? Dick stellte darüber hinaus klar, daß alle, die bereit sind, gegen die WAA aktiv zu werden, der Abschaum unserer Gesellschaft sein müssen. „Es ist erschütternd, was sich dort alles trifft, von Schily bis Hiersemann, eine Koalition der Verweigerer, Trittbrettfahrer, Opportunisten und

Traumtänzer, um gegen diesen Staat anzutreten“ (MZ, 21.2.85).

Da muß doch jedem Oberpfälzer der Hut hochgehen. Nachdem „unserem“ Umweltschutzminister Dick die sachlichen Argumente fehlen, bleibt ihm offensichtlich nur noch das Mittel der Diffamierung des politisch aktiven Bürgers.

Das „Selbsteintrittsrecht“ – ein Anti-Demokratie-WAA-Durchsetzungsgesetz

Jetzt ist das neue „Selbsteintrittsgesetz“ durch. Anlaß für dieses demokratiefeindliche, selbtherrliche Gesetz war die rechtmäßige Weigerung des Schwandorfer Landrats Schuierer, den Bebauungsplan bis zur Klärung der von ihm vorgebrachten Bedenken nicht auszulegen. Das neue Gesetz sieht vor, daß die staatliche Aufsichtsbehörde anstelle des direkt vom Volk gewählten Landrats handeln kann, wenn dieser einer schriftlichen Weisung der Regierung nicht fristgerecht nachkommt. Vor wenigen Monaten noch führte dies zu einem Aufschrei unter den Landräten (zu 80 Prozent CSUler). Jetzt fand man einen billigen „Kompromiß“. Das Selbsteintrittsrecht soll nur dann anwendbar sein, wenn der fachlich zuständige Minister „ein sofortiges Handeln aus wichtigen Gründen des öffentlichen Wohls, insbesondere in Fällen von überörtlicher oder landes-



weiter Bedeutung im Einzelfall“ für erforderlich hält.

Das ist alles andere als ein Kompromiß, denn genau das, was mit der neuen Bestimmung erreicht werden sollte, ist genau auch möglich: nämlich ohne jede Schwierigkeiten alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um auch noch die kleinsten rechtlich möglichen Stolpersteine für die WAA aus dem Weg zu schaffen. Solche Leute, die faktisch den Rechtsstaat aushöhlen, haben ihr Recht verspielt, die WAA-Gegner in „Gute“ und „Böse“ auseinanderdividieren zu wollen. Wo das Recht immer den Interessen der Großkopferten untergeordnet und dementsprechend verändert wird, hört es auf, von allen Bürgern als wirklich rechtsgültig empfunden zu werden. Mit einer einzigen Gegenstimme haben Bayerns 71 Landräte jetzt selbst ihrer eigenen Entmachtung zugestimmt. Mit diesem bayerischen Ermächtigungsgesetz Durchsetzung der WAA sind wir wieder einen Schritt weiter in den Atomstaat vorgedrungen.

Bei Rodung: Widerstandsaktionen geplant

Die Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-BIs (LAKO) hat bei ihrer letzten Sitzung am 2.3.85 in Mitterteich beschlossen, bei Rodungsbeginn, was



frühestens in einigen Wochen, laut DWK jedoch im Juni sein soll, zu konkreten Widerstandsaktionen vor Ort aufzurufen (ab dem zweiten Rodungstag).

Am ersten Samstag danach soll darüber hinaus zu einem massenhaften „Waldspaziergang“ aufgerufen werden. Vorausgehen soll dazu eine „Hainburg“-Kampagne in der Oberpfalz. Hier sollen mit Dias, Videos und Hainburg-Besetzern die Erfahrungen aus der Hainburg-Besetzung an die Oberpfälzer weitergegeben werden. Bei Baubeginn, der sich allerdings noch ein Jahr hinziehen kann, wird über eine Platzbesetzung diskutiert.

Noch am selben Tag der LAKO-Presskonferenz sah sich der bayerische Justizminister Lang genötigt, einige deftige Worte dazu abzulassen. Er bezeichnete die angekündigte Besetzung



des WAA-Baugeländes als „provokierende Behinderungen der bevorstehenden Baumaßnahmen“. Gegen gewalttätige Demonstranten und Hausfriedensbrecher müßte die Polizei vorgehen. Hier wird also gleich das Bild des kriminellen und gewalttätigen Chaoten gezeichnet.

Doch Lang geht noch einen Schritt weiter: jeder Beamte solle sich gründlich überlegen, ob er Streikaufrufen und Aufrufen zum zivilen Ungehorsam nachkommen wolle. „Unbenommen ist es jedem Beamten, aus dem öffentlichen Dienst auszusteigen und zum Berufsdemonstranten zu werden“. Wer diesen Weg vorziehe, eröffne jungen Beamtenanwärtern, Lehrern, Juristen und Ingenieuren sofort einen Arbeitsplatz (MZ, 21.3.1985).

Eine ganz neue Variante der Arbeitsplatzargumentation: Leute, die zu

zivilen Ungehorsam bereit sind, haben kein Anrecht auf eine Arbeitsstelle – es sind schließlich Berufsdemonstranten. Raus damit!

Die bayerische Obrigkeit scheint in ihrer Phantasie keine Grenzen zu kennen, zumindest wenn es um die Einschüchterung und Diffamierung potentieller Widerständler geht.

Wes Geistes Kind der bayerische Justizminister Lang ist, und wie es um sein Verhältnis zu demokratischen Rechten und sein Verhältnis zu den Ängsten der Oberpfälzer Bevölkerung bestellt ist, macht wohl auch seine Äußerung zur Großdemonstration deutlich. Es störe ihn nicht, ob in Wackersdorf 10 000 oder 20 000 oder 40 000 Menschen demonstrierten: am Rosenmontag seien ja schließlich 2,5 Millionen Menschen auf die Straße gegangen...



Wer provoziert wen?

Bemerkungen zu dem, was vor einer Großdemonstration alles abläuft.

Die Standortentscheidung vom 4.2. 1985 für die WAA bei Wackersdorf war noch nicht gefallen, als der Streit zwischen den verschiedenen, um den Bau- platz liegenden oberpfälzischen Gemein- den losbrach: Beteiligung am Gewerbesteueraufkommen der geplanten WAA. An der makabren Zerrerei um das WAA-Phantom – auch "Eingemein- dungsstreit" genannt – beteiligten sich Wackersdorf, Bodenwöhr, Neunburg vorm Wald und die Kreisstadt Schwand- dorf.

Zwischenzeitlich bereiteten die Atomgegner die Großdemonstration gegen die WAA am 16.2.85 vor, was bei einer Reihe einflußreicher Herrschaften bestimmte Ängste hervorrief bzw. sie bewog, ihrerseits Ängste in der Bevöl- kerung auszulösen, um dieser das öffent- liche Zur-Schau-Stellen ihrer WAA- Gegnerschaft "auszureden". Die bayri- schen WAA-Gegner schickten sich also an, den mächtigen WAA-Freunden zu

zeigen, daß sie ihnen auf den Pelz rük- ken können. Ist ja klar, daß da bald gedroht wurde mit Polizeieinsatz und entsprechender Bewaffnung! Ist ja klar, daß die bekannte Pflichtübung abließ und die zu erwartenden Demonst- ran- ten teils als friedliche verharmlost, teils als chaotische bzw. als gewalttätige denunziert wurden! "Keile in den Widerstand treiben", sagt sich die Machtelite in unserem Land, "dann ist er/es besser zu kontrollieren... und zu kriminalisieren."

Doch nun der Reihe nach. Was lief im Vorfeld zu Großdemonstration v.a. auf Politikerseite ab?

Peitsche...

Stop dem geplanten Polizeistellenabbau

Schon am 6.2. zeigte sich Innen- minister Hillermeier (CSU) nach der Verabschiedung des Haushaltsplans 85/ 86 "absolut ansprechbar" dafür, den geplanten Stellenabbau bei der bayeri-

schen Polizei doch noch zu stoppen. Wurde diese Überlegung noch mit dem Sicherheitsbedürfnis begründet, das sich angesichts der jüngsten Terroranschläge verstärkt haben sollte, so attackierte Hillermeier gleich darauf recht deutlich einen Kreis von Sorgenkindern, dem sich wohl auch die WAA-Kritiker zu- rechnen sollen.

Kommunismus-Vorwurf

Es bereite ihm Sorgen, meinte er, daß es in der Friedens- und Umwelt- bewegung unter Beteiligung von Sozial- demokraten und Gewerkschaftern Er- folge von "kommunistischer Bündnis- und Volksfrontpolitik" gebe. Das war aber noch nicht alles. Hillermeier ver- säumte es nicht, ein weiteres Lieblings- thema anzuschneiden.

Verfahrensbeschleunigung bei der Genehmigung von Großprojekten

Um absichtliche Verzögerungen bei Großprojekten durch das "Ausschöpfen

auch aussichtsloser Rechtmittel" zu bekämpfen, muß zur "Verfahrensbeschleunigung" die Zuständigkeit in erster Instanz gleich auf die Oberverwaltungsgerichte verlagert werden. Im Klartext läßt sich Hillermeiers Forderung so interpretieren: 'Auch für diejenigen unter euch Umweltschützern, die glauben, sie müßten sich auf den juristischen Weg begeben, haben wir von der Exekutive und Legislative schon auch noch probate Mittelchen parat, um Euch das wachstumsfeindliche Handwerk zu legen. Ohu II war uns eine Lehre: In den Niederungen der Verwaltungsgerichtsebene scheinen nicht alle Richter im Sinne der Atomlobby zu spüren.' (Ende der fiktiven Ausführungen unseres Innenministers)

Für alle WAA-Gegner müßte damit folgendes einsichtig sein:

Werden die regierungseigenen Interessen unserer Machtelite auf juristischem Weg behindert, dann hat sich diese Machtelite schon immer die Freiheit herausgenommen, die Gesetze in ihrem Sinne zu ändern. Weiteres Beispiel dafür ist der auf unbotmäßige bayerische Landräte zugeschnittene Ansatz zu einer "Lex Schuirer". Vorsicht also mit dem juristischen als dem allein seligmachenden Weg! Da kann es noch zu bösen Enttäuschungen der Gesetzesgläubigen in unserem Land kommen.

Aber noch nicht genug.

Einen Tag vor der Großdemo, am 15.2.85, wurde per Presse, Funk und Fernsehen professionell hektiziert und unverhohlen eingeschüchtert.

Knüppel noch im Sack: CS-Gas und andere Distanzwaffen

Nach einer Sitzung des Landtags-Sicherheitsausschusses legte Hillermeier der Presse zunächst die von ihm und der bayrischen Polizei gewünschte Zahl von 10.000 Teilnehmern in den Mund. Und dann sprach der Vertreter der Staatsgewalt nach innen: Die Polizei sei für den kommenden Tag "entsprechend" ausgerüstet und werde sich in ihrem Verhalten auf den Verlauf der Demonstration einstellen. Anscheinend ist für den Innenminister das WAAhnsinnsprojekt identisch mit der bayerischen Staatsregierung, denn er drohte: "Wir haben alle Vorkehrungen getroffen, um Ausschreitungen wie in Brokdorf, Gorleben oder an der Startbahn West in Frankfurt zu unterbinden. Die bayerische Staatsregierung wird gewaltsamem Druck nicht weichen." Und da im Winter das dafür notwendige "klassische Tränengas" keine Wirkung zeige, würden die Sicherheitskräfte — ihre Zahl wollte der Minister nicht preisgeben — Kotzgas, Entschuldigung, CS-Gas bereithalten: Eine für Demonstranten bereitgehaltene chemische Keule, die wegen ihrer Gesundheitsrisiken und drohenden Dauerfolgen in einigen Bundesländern nicht eingesetzt und von der bayerischen SPD immerhin abgelehnt wird! (siehe Kasten)

CS im Einsatz

CS wird schon seit Jahrzehnten als Kampfstoff für die chemische Kriegsführung verwendet oder gelagert. Auch in Bürgerkriegen oder vergleichbaren Situationen, bei Gefängnisrevolten und bei größeren Demonstrationen wurde es im Ausland bereits eingesetzt. Obwohl sich die BRD nach der Genfer Konvention völkerrechtlich verpflichtet hat, CS im Kriegsfall nicht einzusetzen, haben es die unionsregierten Länder Bayern und Baden-Württemberg als Polizeiwaffe zugelassen. CS löst damit den bisher verwendeten Kampfstoff CN ab, der schon zu Todesfällen und schwerwiegenden Augenverletzungen geführt hat.

Die Wirkungen des CS werden geradezu als "sensationell" beschrieben: "Polizeiwunderwaffe lähmt Demonstranten" (Westfälische Rundschau); der bisherige GdP-Vorsitzende Schirrmacher sprach von einer halb-stündigen Lähmung (FR, 26.6.81), Bayerns Innenminister Tandler von einem Brechgas (FR, 13.3.81).

Erfahrungen im Einsatz mit CS liegen aus englischen Kolonien, Vietnam, USA, Frankreich (Mai 68), Nordirland (Londonderry), England (Liverpool) und der Schweiz (Zürich) vor.

Die Erfahrungsberichte zeigen, daß die Auswirkungen durchweg schlimmer sind als in den wissenschaftlichen Untersuchungen angenommen. Zweifelsohne kann CS auch zum Tod führen.

Bei einem "Spaß" Züricher Feuerwehrleute erlitt der Feuerwehrmann Bettosini durch die Einwir-

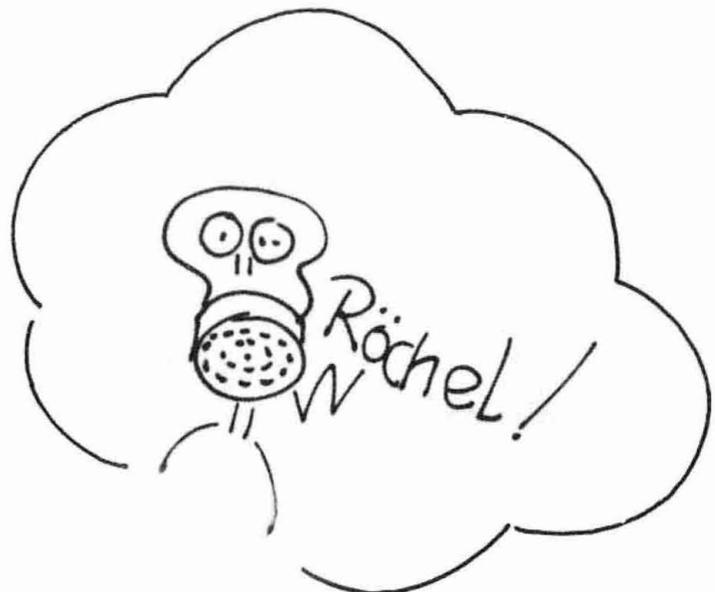
kung von CS schwere körperliche Schädigungen.

"Der Arzt stellte zuerst ein Lungenödem fest, später eine Herzinsuffizienz und Lungenentzündung, der Patient litt unter Darm- und Leberbeschwerden und Störungen des vegetativen Nervensystems. Er war mehrere Wochen bettlägerig, bedurfte einer längeren Erholungszeit und war erst nach rund einem Jahr wieder voll arbeitsfähig." (Neue Züricher Zeitung, 22.10.80).

Die Handhabung von CS ist durch seine ungewöhnlichen physikalischen Eigenschaften erschwert. Selbst in Laborversuchen mit komplizierten Apparaten hatten die Wissenschaftler Schwierigkeiten, eine "Normaldosierung" einzuhalten. Diese Schwierigkeiten werden von CS-Befürwortern mit dem Hinweis abgetan, ein Besprüher werde schon fliehen, um nicht zuviel CS einzuatmen (Selbstlimitierung).

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich "Risikobegrenzung durch Selbstlimitierung" als unrealistisch. Die Betroffenen können nichts mehr sehen (Lidkrampf) und geraten in Panik, die Atmung ist eingeschränkt oder steht still, einige fallen in Ohnmacht. Wer soll da noch gezielt fliehen können? Noch gar nicht berücksichtigt ist hier die Möglichkeit des "Eingekeiltseins" in Menschenmassen, usw. Eine Überdosierung ist also leicht möglich.

Aus: Öko-Bericht Nr. 22, Öko-Institut Freiburg, 1982



Nachtrag zur Vorfeld-Diskussion

Am 28.2.85 legte Innenminister Hillermeier den Sicherheitsbericht (Kriminalstatistik) für das Jahr 1984 vor und betonte die generell abnehmende Zahl der Straftaten in Bayern. Im Bereich der **UMWELTKRIMINALITÄT** wurden allerdings Zuwachsraten verzeichnet. Diese stieg nämlich 1984 um 22,7 % auf 1254 Fälle an!

Nur gut, daß Errichtungsgenehmigung und Bau einer WAA bisher nicht unter die Rubrik "Umweltkriminalität" fallen! Wir müßten dann ja für die Kriminalstatistiken ab 1985 noch schlimmere Zuwachsraten befürchten, falls wir dieser Art von Kriminalität nicht rechtzeitig das Handwerk legen.

Die Innenministerkonferenz beauftragte im Juni '84 die Münchner Waffenschmiede Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), die theoretischen Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen. Entwickelt wird nun ein „Wirkkörper mit Eigenantrieb“, der sich beim Auftreffen zerlegt und wahlweise CN oder CS freigibt. Ein zweiter Auftrag lautet, ein „großformatiges Weichgeschosß“ zu konstruieren, das sich erst an dem Getroffenen aufklappt. Beide Projektile sollen ein Zurückwerfen ausschließen, denn immer häufiger klagen Polizeieinheiten über erfahrene Demonstranten, die CN-Wurfkörper postwendend an die Ordnungshüter zurückbefördern.

Distanzwaffen

Es ist still geworden um jene Gummigeschosse, die im Raketenstationierungsjahr 1983 Schlagzeilen machten. Doch hinter den Kulissen, in den Instituten und Produktionsstätten für Innere Sicherheit, wird das Projekt weiterbetrieben. Vorläufiges Ergebnis: ein Entwicklungsauftrag an Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), eine „Distanzwaffe“ mit Raketenantrieb zu entwickeln – in Fachkreisen mittlerweile „Zimmermann-Orgel“ genannt.

Das vorhandene Arsenal zeugt von deutschem Perfektionsgeist: die Distanz von 0 bis 120 Meter ist vollständig abgedeckt:

- der Schlagstock aus Hartgummi oder Eschenholz verlängert den Beamtenarm auf zwei Meter;
- die Chemische Keule trifft noch auf sieben Meter;
- Hunde erweitern den Einsatzraum auf fünf bis zwölf Meter, sofern sie angeleint bleiben;
- der Wirkkreis des Pepper-Fog-Verneblers und des TRGG (Tragbares Reizstoffgerät, die Chemische Riesenkeule) liegt bei 20 Metern;
- Kampfgas-Wurfkörper decken eine Distanz bis 40 Meter ab;
- Hochdruckwasserwerfer erzielen Reichweiten von 65 Metern und
- abschießbare CN/CS-Petarden landen bei maximal 120 Metern.

... und a bisserl Zuckerbrot

Dank für die Akzeptanz der WAA

Die CSU-Landtagsfraktionen übte sich unterdessen im Verdrehen von Tatsachen und feierte die westdeutschen Atomkraftwerke und das noch gar nicht realisierte Projekt Schwandorf als die "sichersten Kernkraftanlagen in der Welt" und dankte für die "Akzeptanz" durch den größten Teil der Bevölkerung Bayerns und der Oberpfalz. Wen sie damit wohl gemeint haben?

Und natürlich erwartete die CSU auch, daß die Demonstranten die Sicherheitsorgane nicht provozieren. Zwanzigjährige Sicherheitsorgane mit dem CS-Behälter am linken und der Schußwaffe am rechten Oberschenkel, die ganz unprovokativ aufgestellt werden...

Konservative und Chaoten

Die besorgten Politiker muß beruhigt haben, was Hubert Weinzierl, der Vorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz, schließlich zur Qualität des Widerstands gegen die WAA verlauten ließ. Er versprach nämlich, der Widerstand werde "sehr konservativ" sein und nicht in die Hände von "Chaoten" gelangen. Sogar Weinzierl als WAA-Gegner strickte also an der altbekannten Sündenbocktheorie mit und half so, Teile der Anti-Atombewegung verbal zu diskriminieren und sie schon im Vorfeld auszugrenzen. Dem solidarischen Verhalten unter WAA-Gegnern ist dies sicher nicht förderlich.

Exkommunikation für katholische Demo-Teilnehmer?

Einer aber, Adeliger, ließ keinem eine Chance: Valentin Graf Ballestrem, der Vorsitzende des Regensburger Diözesanrates. Er warnte eindringlich vor einer Teilnahme an der Großdemonstration. "Eine solche Demonstration sei ein Zeichen für das mangelnde Vertrauen in die Verantwortung des Staates und kein Ort für sachliche Auseinandersetzung (...). Zudem hätten Gruppierungen zu der Großdemonstration aufgerufen, die dem Staat und der Kirche 'feindlich' gegenüberstünden. Von der Kirche seien vergeblich praktische Richtlinien zur Lösung der Energieversorgung zu erwarten (...). Die Entscheidungsbefugnis liege beim Staat und bei der Wirtschaft." (NN, 15.2.85). Oh Gott.

Fazit

Wenn es um die WAA geht, haben wir es mit Herren wie Dick, Strauß und Hillermeier zu tun. Vielleicht sollten wir überhaupt die bayerische Regierung als direkten Adressaten unserer nächsten Großdemonstration auswählen?

In diesem Sinne:

Auf nach München!





So nicht!

SPD stimmt für WAA-Arbeitsplätze

War es nur aus reiner Naivität oder ein politisch bewußter Schritt? Fakt ist jedenfalls, daß die bayerische Landtags-SPD einem CSU-Antrag zugestimmt hat, der sich für den Bau der WAA durch überwiegend örtliche Industrie ausspricht. Vielleicht muß man der SPD zugute halten, daß sie einfach noch nicht so lange zur WAA-Gegnerschaft zählt und ihr von daher langjährige Positionen der WAA-Gegner/innen noch fremd sind?

Ihre Argumentation, „falls“ die WAA gebaut werden sollte, müßten Oberpfälzer Firmen auch die Aufträge erhalten, hat auf jeden Fall unter WAA-Gegnern/innen keinen Platz – sie kann höchstens von örtlichen CSU-Größen angeführt werden, die sich's mit keinem recht verderben wollen.

SPD muß diese Position zurücknehmen

Im Klartext bedeutet diese Position nämlich: wenn wir den schleichenden Tod schon nicht verhindern können, dann laß uns wenigstens selbst unser eigenes Grab schaufeln. Oder noch etwas krasser, nachdem auch Herr Hiersemann nicht mehr ausschließen kann, daß das durch die WAA gewonne-

ne Plutonium zum Atombombenbau genutzt werden kann: wenn wir den Atomkrieg schon nicht verhindern können, wollen wir uns wenigstens vorher noch am großen Kuchen, also am Atombombenbau, beteiligen.

Arbeitsplatzargument nur Köder für Arbeitslose

Darüberhinaus ist jetzt die SPD durch die Zustimmung zu diesem Antrag mitverantwortlich dafür, daß hier mit der Not der Menschen, mit der Massenarbeitslosigkeit, Schindluder getrieben wird, indem den Arbeitslosen suggeriert wird, daß vielleicht auch sie durch den Bau einer WAA einen Arbeitsplatz ergattern können.

Es ist doch genau das Ködern mit dem Arbeitsplatzargument, mit dem die CSU ein Stillhalten der Bevölkerung, also ihre vielgepriesene Akzeptanz, erschleichen will.

Es kann und darf nicht Aufgabe der WAA-Gegner sein, diese Köder für die Bevölkerung noch besser zu tarnen. Stattdessen benutzen wir WAA-Gegner/innen das Arbeitsplatzargument nur und ausschließlich dazu, um deutlich zu machen: Es geht nicht um die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern es geht nur und ausschließlich darum, daß die Regierung das Arbeitsplatzargument benutzt, um dieses Wahnsinnsprojekt den Leuten besser schmackhaft zu machen.

Wenn wir den Beweis führen, aufgrund der Erfahrungen von anderen AKW-Standorten, daß das Gros der Arbeitsplätze nicht an die örtliche Bevölkerung geht, und daß die Stellen, die sie trotzdem noch abbekommen, u.U. kaum in der Lage sind, die durch die WAA zerstörten Arbeitsplätze in gewachsenen Strukturen wie der Teich-, Forst- und Landwirtschaft und dem Fremdenverkehr auszugleichen, dann tun wir das n i c h t, um mehr WAA-Arbeitsplätze für die örtliche Bevölkerung durchzusetzen, sondern um den Menschen deutlich zu machen, daß das Arbeitsplatzargument ein Scheinargument ist, daß es hier nämlich gar nicht um Arbeitsplätze geht – die Arbeitsplätze quasi nur ein Abfallprodukt sind.

Wir fordern die SPD eindringlich auf, diesen Beschluß zurückzunehmen und stattdessen zu ihrem eigenen Beschluß zu stehen, nämlich KEINE WAA IN BAYERN UND AUCH NICHT ANDERSWO! Wer sich für den Bau der WAA einsetzt, ist genauso verantwortlich für deren Betrieb. Und niemand soll glauben, nach den ersten Tot- und Mißgeburten und durch Krebs getötete Arbeiter sagen zu können: Das habe ich nicht gewußt – ich wollte doch nur Arbeitsplätze für die Oberpfälzer...

DIE OBERPFÄLZER LASSEN SICH DURCH NICHTS UND NIEMANDEN FÜR DUMM VERKAUFEN!

WAA-Standortentscheidung 4.2.85: Widerstand im ganzen Land...



Schwandorf

Noch am Abend der Standortbekanntgabe kamen 3000 WAA-Gegner auf den Schwandorfer Markt. BLSprecher Kersting richtete sich an die Bayerische Staatsregierung und forderte „Macht endlich Schluß mit dieser Wahnsinnsanlage und beachtet endlich den Willen der Bevölkerung!“ Kersting

plädierte dafür, denen „die uns für dumm halten, bei der nächsten Wahl die Quittung zu geben“. Landrat Schuierer wies darauf hin, daß der Kampf erst beginnt und bekräftigte, „Wir werden diesen Beschluß zu Fall bringen“. Kersting, Schuierer und Hubert Weinzierl vom Bund Naturschutz forderten zu hartem Widerstand auf. Nach dem Ende der Kundgebung formierte sich ein langer Fackelzug durch die Innenstadt.

Lüchow-Dannenberg

Auch am ursprünglichen WAA-Standort gab es spontane Aktionen: eine Demonstration und das DWK-Büro blieb auch nicht verschont (siehe dazu Artikel „Ein Februar in Lüchow-Dannenberg“).

Schwandorf kriecht – Uhde kassiert

WAAckersdorf in Dortmund –
niemals

Die WAA wird in Dortmund geplant

Die Firmen Uhde/Dortmund und Lurgi/Frankfurt werden voraussichtlich die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf für die DWK planen und baulich organisieren. 5,2 Milliarden Mark umfaßt dieser Auftrag bis jetzt, den sich die beiden Firmen teilen, die seit 20 Jahren zusammenarbeiten.

Am 8. Februar haben Mitglieder und Freunde des Ökohaufens Dortmund mit einer einstündigen Besetzung der Eingangshalle in der Dortmunder Firma Uhde auf die Standortbekanntgabe für die WAA reagiert. Sie demonstrierten damit gegen die lebensbedrohende und wirtschaftlich irrsinnige WAA. Mit Schautafeln, Flugblättern und Redebeiträgen wurde die Belegschaft zur WAA-Problematik informiert. Nach einer Stunde wurde die Aktion durch Polizeieinsatz beendet – die Beteiligten rechnen mit Anzeigen wegen Hausfriedensbruch.

Schon im Oktober 84 hatte, anläßlich der Atommülltransporte nach Gorleben, eine Besetzung bei Uhde stattgefunden. Diese und andere Firmen werden auch weiterhin Ort des Widerstands sein. Der bundesweite Zusammenhang der Atomindustrie muß an allen Punkten offengelegt werden.

Auch WAAckersdorf ist überall.
Ökohaufen Dortmund/MAS



Amberg

Betroffenheit, Bestürzung und Empörung kennzeichneten den Verlauf der Versammlung, die die BI Amberg gegen den Bau einer WAA für den 4. Februar einberufen hatte. Nur wenige Stunden vorher hatte sich die DWK für Wackersdorf/Taxölder Forst als Standort der WAA entschieden.

Von einem „Schwarzen Tag in der Geschichte der Oberpfalz“ sprach vor rund 200 interessierten Zuhörern eingangs Helmut Wilhelm von der BI Amberg. DWK und Staatsregierung hätten zu einem „Schlag gegen Volk und Natur ausgeholt, bei dem es nicht nur um die Strahlenbelastung, sondern auch um eine ernstzunehmende Gefährdung für Demokratie und Rechtsstaat“ gehen werde.

In dem sich daran anschließenden Referat von Rechtsanwalt Wolfgang Baumann bezeichnete dieser die rechtlichen Möglichkeiten, die WAA doch noch zu verhindern, als gut. Die Genehmigungsbehörde habe in dem atomrechtlichen Verfahren „schwerwiegende Fehler“ gemacht.



Regensburger Polizei
gegen WAA-Gegner:

Statt Auskunft gab es
Fußtritte und Schläge

Eine Stunde nach Ende der Spontandemo in Regensburg am 6.2. anlässlich der WAA-Standortentscheidung wurden Leute ohne Anlaß von der Polizei festgenommen. T. wollte sich auf dem Polizeipräsidium nach den Festgenommenen erkundigen. Statt einer Auskunft wurde er angeherrscht, daß er gehen solle. Beim Hinausgehen wurde er noch von den Polizisten geschubst und angerempelt und die überströmt aus dem Präsidium, war absolut fertig und zitterte am ganzen Körper und war stundenlang überhaupt nicht mehr ansprechbar. T. hatte an beiden Schläfen 5-Markstück-große kahle Stellen, wo ihm die Haare rausgerissen wurden. T. hat ein handtellergroßes Hämatom am Bein ... UND DIE GRÖSSTE UNVERFRORENHEIT: gegen ihn läuft jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ und „Hausfriedensbruch“.

Zur finanziellen Unterstützung spendet auf das Prozeßhilfekonto Nr. 10 524 622, Bayer. Raiffeisen-zentralbank (BLZ 750 600), Ludwig Hopfensperger.

Treppe hinuntergestoßen, wo er einem unten stehenden Polizisten „in die Hände fiel“, der sofort seine Festnahme erklärte und ihn an den Haaren wieder nach oben zerpte. Er wurde in einen Raum mit acht Polizisten geschleift, dort auf die Bank geworfen und dann an den Haaren in den nächsten Raum geschleift. Daraufhin wurde die Tür von außen geschlossen und der Polizist, mit dem man T. alleine ließ, warf ihn auf den Fußboden und traktierte ihn mit den Füßen.

Resultat dieser Mißhandlung durch die Polizei: T. kam blut-

EAM-„Besetzung“ in Göttingen

Anlässlich der Standortentscheidung wurde auch in Göttingen gegen den WAAhnsinn demonstriert. Etwa zehn Leute sorgten im Informationszentrum des Stromversorgungsunternehmens EAM in Göttingen für etwas Unruhe. Sie wiesen darauf hin, daß „auch die EAM in die Atomindustrie verwickelt ist“. Parallel zu der „Besetzung“ zog eine Demo durch die Stadt zum EAM-Gebäude, um die „Eindringlinge“ in ihren Forderungen zu unterstützen.

Regensburg

Die Demonstration in Regensburg von weit über 1000 Teilnehmern wird begleitet von ohrenbetäubendem Lärm mit Trommeln, Rasseln, Trillerpfeifen... Mehrere Farbeier verschönern das Regierungsgebäude, die OBAG und ein Polizeirevier. Vor dem OBAG-Gebäude kommt es zu Rangeleien mit dem Polizeiaufgebot, ebenso nach der Demonstration, als einige Bereitschaftspolizisten versuchen, einen Demonstranten festzunehmen. Von fünf schließlich vorläufig festgenommenen Personen wird eine auf der Wache verprügelt und mit Fußtritten „behandelt“.





Das war erst der Anfang — 40 000 in Schwandorf

Die Großdemonstration gegen die Wiederaufarbeitungsanlage am 16.2. war mit 40 000 Menschen ein unerwartet starker Ausdruck des Protestes. Diese Zahl bekommt vor allem auch dadurch einen Stellenwert, daß durch das Verwirrspiel „Standortentscheidung“ die Mobilisierungszeit eigentlich nur zwei Wochen betrug, auch wenn die Demonstration vom Demo-Ausschuß der bayerischen Bürgerinitiativen seit fast einem halben Jahr vorbereitet worden war.

12



Trotz der sehr kurzfristig beschlossenen Zweiteilung der Demonstration auf Stadt und Baugelände und trotz der eisigen Kälte zeigten viele WAA-Gegner an beiden Orten ihren Widerstand gegen das Wahnsinnsprojekt.

Der 16.2. hat nicht nur gezeigt, daß die Ablehnung der WAA in der Oberpfalz sehr viel stärker ist, als man uns immer glauben machen will, sondern auch, daß wir im Kampf dagegen bundesweit unterstützt werden.

Begrüßung

Im Namen der Bürgerinitiative Schwandorf heiße ich Sie zur Großdemonstration gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage recht herzlich willkommen.

Bedanken möchte ich mich vor allem bei unseren Freunden, die trotz widriger Wetterverhältnisse angereist sind um uns in unserem Protest zu unterstützen.

Dank auch den Landwirten, die die beschwerliche Anfahrt mit den Traktoren auf sich genommen haben, um augenkundig auch ihren Widerstand zu zeigen. Neben vielen anderen Verbänden, Vereinen und Initiativen, die aus zeitlichen Gründen hier nicht alle genannt werden können, haben unter anderem zur heutigen Demonstration mit aufgerufen:

die SPD Bayern und die Jungsozialisten Bezirk Niederbayern und Oberpfalz, der Landesverband Bayern der Grünen, die ÖDP, die Bayernpartei, freie Wählergemeinschaften und Republikaner, der Bund Naturschutz in Bayern, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, der AStA und verschiedene Fachschaftsinitiativen der Uni Regensburg, Ärzteinitiativen, die Postgewerkschaft Schwandorf, Fremdenverkehrsvereine, der Landesverband für Vogelschutz, der Arbeitskreis Theologie und Kernenergie – und, was besonders freut, die katholischen Jugendverbände BDKJ und KLJB.

Wir begrüßen Abordnungen der ehemaligen WAA-Standorte Dragahn im Landkreis Lüchow-Dannenberg, aus Volkmarshausen und Frankenberg in Hessen, aus Mehrenberg und Hambuch-Ilberich, aus Kaiseresch in Rheinland-Pfalz und natürlich die Bürgerinitiativen Bayerns.

Grußwort zur Großdemo am 16.2.1985

Anfang vom Ende bequemer politischer Mehrheiten

Im Namen der Bürgerinitiative Schwandorf gebe ich folgende kurze Stellungnahme ab:

Weitaus der größte Teil unserer Bevölkerung lehnt diese Atommüllfabrik ab. Niemals hätte Schwandorf auch nur den Funken einer Chance für die Ansiedlung dieses Betriebes gehabt, wäre diese Anlage nur unter strukturpolitischen Gesichtspunkten zu betrachten.

Aber weil diese Atommüllfabrik ein erhöhtes und letztlich noch nicht abschätzbares Risiko für Leben und Gesundheit der Bevölkerung bedeutet, will sie niemand haben und wird deshalb dort durchgesetzt, wo sie den geringsten politischen Schaden verursacht.

Wie schon der jetzige Justizminister Gustl Lang am 31.1.1982 in unverblümter Offenheit sagte: „Wenn wir die WAA nicht hier durchsetzen können, dann können wir sie nirgendwo in Bayern durchsetzen!“

Betrachtet man den Standort Wackersdorf aus wirtschaftlicher und sicherheitstechnischer Sicht, so ist festzustellen, daß es kaum einen ähnlich ungeeigneten Standort für diese Anlage gibt. Die in den letzten Tagen in allen Medien vielzitierte positive Einstellung der Wackersdorfer Bevölkerung kann so nicht hingenommen werden. Die Akzeptanz ist nur die Folge einer skrupellosen Ausnutzung sozialen Notstands einer seit der Schließung der BBI bereits seit Jahren arbeitslosen Bevölkerung. Ich empfinde dies als zutiefst unmoralisch und unchristlich!

Ich glaube, es ist niemand unter uns, der diese Wiederaufarbeitungsanlage trotz aller Risiken nicht dennoch auf sich nehmen würde, ginge es bei dieser Anlage um die Frage der Existenzsicherung unserer oder künftiger Generationen. Solange man aber beim Bau neuer Kraftwerke auf Fernwärmenutzung verzichtet, solange man die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung prinzipiell vernachlässigt, solange sich die Stromerzeuger gegen eine sinnvolle Zusammenarbeit mit der Industrie sperren, solange das Tarifsystem zu hohem Stromverbrauch animiert und solange der Staat nicht einmal bereit ist, die Vorschriften zur Wärmedämmung zu verschärfen, solange kann uns niemand ernsthaft glaubhaft machen, es ginge bei der WAA um diese lächerliche 20%-Einsparung von Uranbrennstoff, wenn mit den oben angegebenen Methoden bei geringeren Kosten ein Vielfaches dieser Energie eingespart werden könnte und dies bei gleichzeitiger Umweltentlastung und Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze.

Liebe Mitbürger, bitte lassen Sie sich nicht zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten provozieren. Sie schaden damit unserer gemeinsamen Sache. Wir sind physisch schwach, wir haben keinen Polizeiapparat mit Kampfgas, Wuchtgeschossen und Gummiknüppeln hinter uns, wir haben aber dafür die besseren Argumente.

Der 4.2. ist kein Anlaß zur Resignation, er ist vielmehr der Anfang eines ständig wachsenden und entschlossenen Widerstandes. Der 4.2. wird zum Anfang vom Ende bequemer politischer Mehrheiten in der mittleren Oberpfalz!

Helfen Sie uns mit in unserem gemeinsamen Ziel, dieses wahnsinnige Projekt zu stoppen. Werden Sie Mitglied bei den Bürgerinitiativen und den Parteien und Verbänden, die uns unterstützen. Spenden Sie für unseren Rechts- hilfefonds. Formulare gibt es an den Ständen.



DWK HAU AB!

Marga Schmidt, BI Nürnberg

Vertreterin der bayrischen Landeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Über den eigenen Schatten springen

Liebe Gegnerinnen und Gegner der Wiederaufarbeitungsanlage und der damit verbundenen Politik.

Ich stehe hier stellvertretend für die bayrischen Bürgerinitiativen, die die Wiederaufarbeitungsanlage verhindern wollen, nicht nur in Wackersdorf, sondern überall.

Wir wehren uns gegen dieses Wahnsinnsprojekt und wir wehren uns gegen die Politik, mit der es durchgesetzt werden soll!

Einen Vorgeschmack auf das, was dabei auf uns zukommt, gibt der Polizeiapparat, der auch heute im Einsatz ist, ausgestattet mit dem völkerrechtlich geächteten CS-Gas. In diesem Zusammenhang muß noch darauf hingewiesen werden, daß die bayrischen Einsatzhundertschaften bis 1987 von 4 auf 12 erhöht werden sollen.



Daß ich mit zitternden Knien hier stehe, liegt nicht nur daran, daß es so kalt ist, sondern vor allem daran, daß ich noch nie vor so vielen Menschen geredet habe. Und ich spreche hier, weil ich glaube, daß wir alle, jeder einzelne, über unseren Schatten springen müssen, wenn wir die WAA wirklich verhindern wollen.

Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen durch die Diffamierungsversuche der Politiker und Betreiber! Und diese Diffamierungskampagne hat auch hier schon begonnen.

Wie früh die politischen Drahtzieher den Hebel ansetzen, zeigt das Beispiel Landrat Schuirers. Franz Josef Strauß nannte sein politisch verantwortungsbehaftetes Handeln einen Sabotageversuch. Schon der gezielt eingesetzte Begriff Sabotage macht deutlich, daß hier ver-



sucht wird, aktive und angesehene WAA-Gegner in der Öffentlichkeit zu diskreditieren und sie, zumindest unterschwellig, in die kriminelle Ecke zu drängen. In ähnlicher Weise werden hier und anderswo Atomkraftgegner als gewalttätige Chaoten diffamiert.

Wir dürfen auf diese Kriminalisierungs- und Diffamierungsstrategie nicht hereinfallen und wir dürfen uns erst recht nicht dadurch spalten lassen.

Handeln denn nicht diejenigen kriminell, die diese Anlage auch unter Einkalkulierung von Toten durchsetzen wollen?

Angesichts dieser Bedrohung kann unser Widerstand nicht breit und vielfältig genug sein.

Wyhl und Gorleben haben uns gezeigt, daß nur das Zusammenwirken aller Kräfte die Politiker zum Aufgeben zwingen kann. Wie dort müssen auch hier ALLE Bauern, Arbeiter, Hausfrauen, Studenten, Beamte, Arbeitslose usw. sich GEMEINSAM zur Wehr setzen. Deshalb rufen wir auch alle zum Widerstand gegen dieses zentrale Projekt der Atompolitik auf.

Sorgen wir dafür, daß auch eine WAA Wackersdorf politisch nicht durchsetzbar ist.

WO RECHT ZU UNRECHT
WIRD, WIRD GEMEINSAMER
WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

Hubert Weinzierl

Vorsitzender des Bund für Umwelt
und Naturschutz Deutschland e.V.
(BUND)

Millionen in deutschen Umweltverbänden zusammengeschlossene Mitglieder haben dem Atomprogramm der

Regierenden eine kompromißlose Absage erteilt.

Damit steht fest, daß der Widerstand gegen die Atomfabrik in Schwandorf kein Oberpfälzer Anliegen, sondern ein bundesweiter, ja internationaler Konfliktfall geworden ist. Die Delegationen aus allen Bundesländern beweisen eine Solidarisierung ungeahnten Ausmaßes. Dies ist der große Irrtum des Bayerischen Ministerpräsidenten, wenn er auf die leichtere Durchsetzbarkeit und auf die politische Stabilität Bayerns baut.

Wir Naturschützer Deutschlands stehen zu unseren Freunden in der Oberpfalz, und wir stehen auch zu jenen, deren Arbeitsplätze und deren bäuerliche Existenz gefährdet sind; anstatt aber Schindluder zu treiben mit der durch falsche Strukturpolitik verschuldeten Arbeitslosigkeit, fordern wir die Regierungen in Bund und Ländern auf, die möglichen und wesentlich billigeren Alternativen im Bereich der Energie- und Agrarpolitik endlich mit demselben Elan zu verwirklichen, mit dem sie die Atomfabrik durchpeitschen wollen.

Mit tausend lebensgefährlichen Arbeitsplätzen für Atomspezialisten ist der Oberpfalz nicht gedient; dagegen brauchen wir Investitionen für die Luftsaniierung, weil wir von unseren Wäldern und Böden auch dann noch leben wollen, wenn keiner mehr die atomaren Fehlentscheidungen von 1985 verantworten muß.

Wir haben Angst, daß dieses kostenexplosivste Projekt der Industriegeschichte Steuergelder und Investitionsmittel blockiert und daß die Stromkosten steigen, ohne daß Energie eingespart und ohne daß die Entsorgung des Kernkraftabenteuers gelöst wird.

Wir haben Angst, daß die Atomfabrik mit einem



Emissionswert von zwölf Kernkraftwerken unsere Heimat radioaktiv belastet, den Wald und das Wasser gefährdet und den Lebensraum mit der höchsten Luftverschmutzung und der höchsten Krebsdichte noch mehr entwertet.

Wir haben Angst
vor Macht und Polizeigewalt, wir fürchten um unsere Freiheit; wir sorgen uns um die Demokratie. Wenn heute schon tausende von Polizisten nötig sind, um diese unsere Sorgen vorzutragen, wird unsere Heimat morgen einem Heerlager gleichen.

Wir haben Angst,
daß die Atomfabrik der Plutoniumwirtschaft in die Hände arbeitet und den Frieden gefährden könnte und dies in einem Grenzgebiet, das mit Kriegsgerät und Militär vollgestopft ist. Wir wissen, daß dann, wenn die Anlage fertig sein soll, der Atomwaffen-Sperrvertrag endet,

Wir haben Angst
vor jenen, die da hoffärtig sagen, daß sie „alles im Griff haben“, jene, die in zwanzig Jahren keiner mehr kennt, wollen uns zwanzigtausend Jahre „garantierte Sicherheit“ vorgaukeln!

Wir haben Angst
vor der willfährigen, kalten Genehmigungsmaaschinerie dieses Landes, bei der ethische Bedenken und die Ängste der Menschen keine Rolle spielen.

Der Regierungspräsident der Oberpfalz hat gesagt, daß Fragen der Moral und Emotionen nicht weiterführen; und die staatstragende Partei hat die Pfarrer ermahnt, sie mögen sich um den Himmel und um die letzten Dinge anstatt um die Politik kümmern.

Umso dankbarer sind wir einer wachsenden Schar von mutigen Pfarrern und Christen, die sich tatsächlich um die letzten großen Dinge der Menschheit kümmern und sich in diesen Stunden der Not vor das bedrohte Leben stellen.

Die Amtskirche freilich setzt sich einmal mehr dem Verdacht der Kumpanei mit den Mächtigen aus: der Bischof von Regensburg hat mir in

einem Brief vorgeworfen, daß ich seinen Ruf schädige, da ich vermutete, er habe sich vor den Karren der Atomlobby spannen lassen. Und ich habe ihn an die Worte von Kardinal Höffner erinnert, der vor der Atomenergie als der „risikoreichsten Technik“ gewarnt hat. Jetzt, Herr Bischof, könnten Sie beweisen, daß Sie kein Lobbyist der Atomenergie sind. Was aber hören wir zur Stunde der Wahrheit aus Regensburg?

Man müsse einerseits mit den Energie- und Rohstoffreserven verantwortlich umgehen, andererseits sie so nutzen, daß Gefahren für Leben und Gesundheit möglichst vermieden werden...

Wir wünschten uns von der offiziellen Kirche eine bekenntnishafte und klare Sprache. Wenn ein gelehrter Professor der Sozialethik sagt: „Meine eigene Haltung gegenüber der kernenergetischen Herausforderung möchte ich kennzeichnen als ‚moderate Akzeptanz‘ und ‚subsidiäre Toleranz‘“, dann ist uns das zu wenig.

Nicht inhaltslose Floskeln, sondern Bekenntnis ist jetzt gefragt, meine Herren Bischöfe und Theologen.

In einer Zeit, wo Not und Zwietracht durch unsere Heimat geistern, wo eine Atmosphäre des Mißtrauens besteht, wo Nachbarn nicht mehr miteinander reden und Familien sich auseinander streiten, wo Mütter Angst haben, verkrüppelte Kinder zu bekommen, da ist vor allem konkrete Lebenshilfe von der Kirche gefragt und Parteilichkeit für diejenigen, die sich in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen kein Gehör zu verschaffen vermögen. Und wer da vor Politisierung der Kirche warnt, der sollte wissen, daß Schweigen keineswegs „unpolitisch“ und daß Nichts-Sagen die mieseste Form der Politik ist.

Dein Ja, heißt es, sei ein Ja, Dein Nein sei ein Nein!

In Schwandorf fällt die Entscheidung, wer vor und wer hinter den Zäunen steht. In Schwandorf werden die Grenzpfähle des Kompromisses eingerannt; denn es gibt keinen Kompromiß zwischen dem Leben und dem Tod!

Liebe Freunde, zwei Ministerpräsidenten in diesem Land streiten sich um diese Anlage wie armenische Teppichhändler. Das können sie mit ihrem Privatvermögen machen, aber nicht mit unser aller Steuergeld. Einer DWK, die hier im Schwandorfer Bereich ein Wahnsinnsprojekt verwirklichen will, werden Steuergelder in den Rachen geworfen – Steuergelder, die wir alle mühsam erarbeitet haben. Und wofür? – Für eine Anlage, die sowohl ökonomisch wie ökologisch unsinnig und schwachsinnig ist, die die Bürger in diesem Raum gefährdet und die mit dem Einsatz von rund 10 Milliarden Mark die notwendigen Kohlenentschwefelungsanlagen in Kohlekraftwerken eher behindert als fördert.

Wir sagen entschieden Nein zu dieser Anlage und überbringen mit diesem Nein das Nein von einem Drittel der bayerischen Wähler nach Schwandorf. Wir sind nicht bereit, eine Anlage zu akzeptieren, und ich füge hinzu: ganz gleich wo, die für die Wähler weder ökonomisch vertretbar ist, noch die Belange des Umweltschutzes berücksichtigt, die nur einen einzigen Sinn haben kann, entweder den Schnellen Brüter voranzutreiben, oder den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft für Atombomben zu verwirklichen.

- Die bayerische SPD hat den Kampf gegen die WAA zum zentralen Thema des Jahres ernannt.

- Da wird Widerstand hier vor Ort mit brutaler Gewalt niedergemacht. Da wird einem Landrat Schuierer die Amtenthebung angedroht; einem Landrat Schuierer, der nichts anderes tut, als die Interessen seiner Bürger zu vertreten. Wenn man dann einen Landrat amtsentheben will, dann kann man die freie Wahl von Landräten in diesem Land abschaffen, dann kann man gleich von vorneherein den Staatskommissar schicken! Mündige Bürger dürfen sich das nicht gefallen lassen – und wir lassen uns dies nicht bieten! – und wir lassen uns auch nicht ködern davon, daß diese Anlage Arbeitsplätze schaffen sollte.

(Auszug)



Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

lassen Sie sich auch meinerseits herzlich begrüßen. Ich danke Ihnen, daß Sie aus der ganzen BRD gekommen sind, um mit uns gemeinsam, friedlich in einer machtvollen Demonstration gegen ein Wahnsinnsprojekt zu protestieren.

Vor zwölf Tagen, am 4.2.1985, sprang ich von einem schwarzen Tag für unser Land.

An diesem Tag, dem schwarzen Montag, hat die Atomallianz Regierung und DWK ihr seit fünf Jahren betriebenes Falsch- und Versteckspiel aufgegeben. Nach einem beispiellosen Kuhhandel zwischen den EVU der süddeutschen Gruppe und der RWE wurde eine politische Entscheidung getroffen, die nur als unsinnig, unmoralisch und unverantwortlich bezeichnet werden kann.

Ich kann es mir ersparen, auf die Gefährlichkeit einer WAA einzugehen. Wir wissen ja, daß bei Durchsetzung dieser Ziele nicht nur unsere Heimat, sondern weit darüber hinaus die Natur und die Lebensgrundlagen der künftigen Generationen gefährdet sind.

Die Regierung und die DWK fordern von uns Vertrauen. Wie sollen wir zu diesen Leuten Vertrauen haben, die uns jahrelang die Unwahrheit gesagt haben? Ich erinnere an die Regionalkonferenz von Ministerpräsident Strauß am 10.7.1979 in Regensburg, als auf meine Anfrage hin sowohl von Strauß als auch von Wirtschaftsminister Jauermann jede Art von Plänen über eine Nuklearanlage in Bayern verneint wurden.

Was sollen wir halten von einem Umweltminister, der es zuläßt, daß die Natur und die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet wird, der sogar auf Staatskosten Werbebroschüren für die DWK herausgibt?

Was soll man von einem Justizminister halten, der den Kernkraftgegnern unter den Richtern mit Disziplinarverfahren droht?

Was soll man von einem Innenminister halten, der entgegen einer richterlichen Anordnung durch eine Hundertschaft der Polizei bei Nacht und Nebel einen Holzturm abbrechen läßt?

Was soll man von Strauß, Tandler, Stoiber und ihren CSU-Gefolgsleuten – vor allem auch der örtlichen CSU-Abgeordneten – halten, die unbescholtene Bürger als Saboteure, Volksverhetzer und dergleichen bezeichnen?

Die ein Gesetz beschließen, nur um einen vom Volk gewählten unbequemen und kritischen Landrat zu entmachten, weil er auf Gefahren aufmerksam macht, Bedenken vorbringt und die Wahrheit sagt!



Was soll man von dieser Regierung halten, die die Not der mittleren Oberpfalz, die Arbeitslosigkeit unserer Bevölkerung, brutal ausnützt.

Liebe Freunde, wenn man uns Oberpfälzer für duldsamer, industriegewohnter – sprich: dümmere – hält, dann ist das Maß voll.

Sie sollen ihre Versprechungen bezüglich des nahtlosen Übergangs von der BBI zu einer vernünftigen Industrie einhalten.

Ich frage auch alle, die bisher von 3600, 2500, 2000, 1600 und nun plötzlich von mehr als 1000 Beschäftigten sprechen, wenn die WAA gebaut wird. Ich mache alle Befürworter aufmerksam, daß bisher von Einstellungen und Abbau der Arbeitslosigkeit aus unserem Raum die Rede war. Am 9.2. konnten Sie in der Süddeutschen Zeitung von der DWK lesen: „Übertriebene Erwartungen sind nicht berechtigt“, geprellt sind wieder die Arbeitslosen. Nur wenige arbeitslose Braunkohlenarbeiter eignen sich für die Umschulung zum Kerntechniker.

Ich kenne auch eine Reihe von regionalen und örtlichen Politikern der CSU, für die plötzlich auch die Endlagerung des radioaktiven Abfalls gesichert scheint und deshalb ihre Meinung geändert haben. Hat da noch jemand Vertrauen?

Wir werden zu gegebener Zeit diese Frage auch Herrn Regierungspräsidenten Krampol stellen, der ebenfalls bisher seine Zustimmung von der Endlagerung außerhalb der Oberpfalz abhängig machte. Wo bleibt hier die Glaubwürdigkeit dieser Leute?

Wir lehnen unabhängig von der Endlagerung und unabhängig vom Standort die WAA ab. Wir beteiligen uns nicht an diesen Mauscheleien, Falschspielertricks und dieser St.-Florians-Politik.

Wir sehen unsere Verantwortung für unsere Heimat, für die Erhaltung der Lebensgrundlagen für unsere Kinder, die Jugend und die nachfolgenden Generationen.

Wir werden mit allen legalen Mitteln dafür sorgen, daß diese Entscheidung zu Fall kommt. Wir appellieren aber auch an die Vernunft der Regierung und der Verantwortlichen in der Energiewirtschaft, ihre verhängnisvollen Pläne aufzugeben und für gesunde und zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu sorgen.

Liebe Freunde, ich appelliere aber auch an uns alle, durchzuhalten. Wir werden schwere Monate vor uns haben. Anfeindungen, Beschimpfungen und Bedrohungen werden wir ertragen müssen. Lassen wir uns aber nicht provozieren.

Wir lassen uns aber auch nicht auseinanderdividieren in Einheimische, die Oberpfälzer sind anständig, die Auswärtigen sind Chaoten... Wir wollen keine Gewaltanwendung, keine Ausschreitungen. Wir wissen, daß auch die Polizei nur ihre Pflicht tut. Die Sympathien der Mehrheit der Polizisten ist bei uns.

Orientieren wir uns an den großen Friedens- und Freiheitskämpfern, die gewaltlos und friedlich ihre Ziele verfolgt und auch erreicht haben.

Ich danke nochmals allen, die gekommen sind und bitte um weitere Unterstützung für unseren gemeinsamen Kampf.

Beweisen wir für die Zukunft: Wachsamkeit, Durchhaltevermögen, Opferbereitschaft, Einigkeit und Solidarität!



(...) Unsere Politiker schwören bei jeder neuen Inthronisierung, Schaden vom Volke abzuwenden. Sorgen wir dafür, daß sie ihre Machtfülle nicht ausnützen, um ungestraft meineidig zu werden. Und machen wir ihnen klar, wir sind keine Dummköpfe und keine kleinen Kinder, die man zu ihrem Glück zwingen muß. Wir können und wollen allein entscheiden, was für uns gut ist und was nicht.

Gar zu oft hören wir den Satz: Wir können ja doch nichts machen. Machen wir uns klar: Die Mächtigen wären ohne Macht, gäben nicht die Ohnmächtigen ihre Macht den Mächtigen. Ein Volk ohne Regierung kann überleben, aber stellt euch vor, was ist eine Regierung ohne Volk. Auf uns, das Volk, kommt es letzten Endes an, und ein Volk aus lauter Einzelwesen besteht aus jedem Einzelnen. Lassen wir uns deshalb nicht auf dieses "Man kann ja doch nichts machen" ein. Auch, wenn es schwer ist und lange braucht, bis man was erreicht.

Vor zwei Tagen gab Prof. Levi in Bonn auf die Frage nach dem größten technischen Problem in Wackersdorf die folgende Antwort: Das größte Problem ist die Akzeptanz, und dieses Problem ergibt einen gewissen Vorteil für Wackersdorf.

Wenn ich mich hier umsehe, glaube ich, das er offenbar schlecht unterrichtet ist. Beweist den Leuten, daß sie sich geirrt haben. Wir für unseren Teil werden tun, was wir können, um euch zu unterstützen, auch wenn bei uns der Kampf gegen die Atomanlagen weitergeht. Denn auch wir sind ja noch lange nicht am Ziel und brauchen auch in Zukunft eure Hilfe. Am 23./24. Februar werden wir wieder mit vielfältigen Aktionen demonstrieren, daß wir nicht aufgeben werden. Solange man uns zumutet, daß wir mit der Radioaktivität von mehr als 4500 Hiroshima-Bomben

in einem völlig ungeschützten Lager leben, solange die Gefahr besteht, daß ein gänzlich unbrauchbarer Salzstock all den Dreck aufnehmen soll, der in dem hier geplanten Werk und anderswo produziert wird und dadurch mit unserem und dem Leben vieler Generationen ein unverantwortliches Spiel getrieben werden soll, werden wir nicht aufgeben.

Solange nicht das letzte Büro der DWK und ihrer Töchter geschlossen ist, die letzten grauen Herren abgefahren sind aus unseren schönen Ländern, wird es Unruhe hier und im Wendland geben. Wenn wir alle gemeinsam weitermachen im Widerstand, wenn immer mehr Menschen begreifen, daß Schluß sein muß mit täglich neuen Umweltskandalen, an denen auch noch einige wenige das große Geld verdienen und von denen das Leben der ganzen Menschheit bedroht ist.

Wenn unsere Regierungen wieder für das Wohl der Menschen arbeiten und aufhören, sich zu Sklaven des Kapitals zu machen, erst dann werden wir uns in Ruhe hinter den Ofen setzen.

So, jetzt habe ich noch eine Pflicht zu erfüllen: Ich habe im Auftrag des BBU-Vorstandes viele Grüße zu überbringen und die Zusicherung, daß sie euch und auch weiterhin unterstützen werden. Sie lassen sich entschuldigen, sie haben sich im Datum geirrt, und haben heute eine Vorstandssitzung in Berlin. Ich habe diesen Auftrag sehr ungerne angenommen: Ich bin der Meinung, Vorstandssitzung hin und her, die Burschen gehörten heute hierher und nicht nach Berlin. Aber da der BBU genauso wenig aus dem Vorstand besteht wie unser Volk aus unserer Regierung und viele von uns Mitglieder sind, habe ich diesen Auftrag trotzdem übernommen. Im Namen aller Mitglieder und aller Mitgliedsinitiativen glaube ich kann ich das gute Gewissen tun.

Liebe Freunde!

Ich bin heute nach Schwandorf gekommen, um den oberpfälzer Bürgerinitiativen die Sympathie und die Solidarität der Grünen zu versichern.

Vor einiger Zeit schrieb der "Spiegel" in einem Bericht über die oberpfälzer Bürgerinitiativen folgendes: "Es gehört zu den erstaunlichsten Erscheinungen der letzten zehn Jahre, daß aus betroffenen Bürgern beschlagene Experten werden." So schreibt der Spiegel. Er hat Recht. Die oberpfälzer Bürgerinitiativen sind mir als Experten wahrlich lieber als die DWK, die Bundesregierung und die bayrische Landesregierung. Ja, wir alle sind so frei und bilden uns unser eigenes Urteil und lassen uns von den Atomfanatikern nicht durch ihr großes Gepluster beeindrucken. Die Grünen vertrauen darauf, daß die Bürger die Tatsachen von den politischen Mogelpackungen zu unterscheiden wissen.

Wie sehen die Tatsachen aus? Es wird behauptet, die geplante WAA diene der Entsorgung. Tatsache ist aber erstens: Die WAA wird nicht einmal den jährlich aus den AKWs anfallenden Müll aufnehmen können und zweitens: Durch die Wiederaufbereitung wird der radioaktive Müll nicht verringert, im Gegenteil, er wird um das 30fache vermehrt! Also, diese Anlage hieße wohl besser eine Müllvermehrungsanlage.

Es wird behauptet ferner, die WAA-Technik sei sicher und erprobt. Tatsache ist, daß erprobt ist, daß sie unsicher ist. Tatsache ist, daß die Errichtung der WAA ein gigantisches Gefährdungspotential schafft. Schon im Normalbetrieb der WAA droht eine schleichende radioaktive Verseuchung der Oberpfalz mit der Folge, daß Krebserkrankungen, Totgeburten und Mißbildungen zunehmen werden. Die Erfahrungen mit der britischen WAA in Windscale, in deren Umgebung die Leukämieerkrankungen von Kindern um das 10fache gestiegen sind, sollten uns eine ernste Mahnung sein. Jährlich wird die WAA 440000 m³ radioaktive Abwässer in die Naab leiten. Baden und Fischen werden unmöglich werden. Allein durch vermehrte Atomülltransporte in diese Region wird die Kollektivdosis radioaktiver Strahlung zu Lasten der Gesamtbevölkerung vervierfacht, abgesehen von den unermeßlichen Unfallgefahren solcher Transporte. Und die Katastrophe von Mont Louis, dieser Schifftransport, sollte uns auch eine Lehre sein, daß man uns nicht hier einreden soll, solche Sachen seien alle nur Hirngespinnste auf unserer Seite. Eine WAA gibt 1000mal mehr radioaktive Strahlung ab an die Umgebung als ein Atomkraftwerk. Beim Kritikalitätsunfall müßten hunderte von Quadratkilometern der umliegenden Gebiete evakuiert werden. Wenn angesichts dieser Fakten, meine lieben Freunde, Forschungsminister Riesenhuber uns erzählen will, die mit





dem Bau der WAA verbundenen Strompreiserhöhungen seien ein Beitrag zum Umweltschutz, scheint es an der Zeit, daß der Minister sofort ein paar Nachhilfestunden bei den oberpfälzer Bürgerinitiativen nimmt. Die wissen besser Bescheid.

Die WAA macht auch wirtschaftlich keinen Sinn. Selbst der Herr Messer von den RWE mußte zugeben, daß die WAA rein betriebswirtschaftlich nicht zu begründen ist. Allein der Umstand, daß die Rückgewinnung von Uran in der WAA 15mal teurer ist als der Kernbrennstoff, ist ein Beleg dafür. Die Kosten für die WAA werden derzeit auf 5 bis 8 Milliarden Mark geschätzt. Aber im Bundesministerium für Forschung und Technologie ist bereits eine Zahl von 12 Milliarden genannt worden. Wir wissen außerdem von dem Schnellen Brüter, welche finanziellen Fehlprognosen vorkommen. Damals sagte man 500 Millionen für den Schnellen Brüter, inzwischen sind wir bei 7 Milliarden angelangt. So schnell kann man ja das Geld gar nicht wegbrüten, wie dieses Gerät und das wird bei der WAA wahrscheinlich das Gleiche sein. Heute werden schon Wetten abgeschlossen, vielleicht 20 Milliarden werden da verplempert mit dieser Anlage.

Wollen wir uns nach der Riesenpleite mit dem Schnellen Brüter noch eine größere mit der WAA leisten? Die Zeche werden wir alle zahlen müssen, mit saftigen Strompreiserhöhungen. Mit Recht wird schließlich der Verdacht laut, daß mit dem Bau der WAA die technischen Voraussetzungen für eine eigene Atomwaffenproduktion geschaffen werden sollen. Schließlich ist es wohl kein Zufall, daß die Albrechtschen WAA-Befürworter diejenigen sind, die seinerzeit sich dem Atomsperrvertrag widersetzt haben. Ich denke, daß Robert Jungk darüber noch einiges sagen wird.

Die heimliche Gier nach Atomwaffen haben diese Kreise immer noch nicht aufgegeben. Ein Grund mehr, sich dieser WAA entgegenzustellen. Wir sind besser beraten, wenn wir statt einer WAA hier in der Oberpfalz einen Natur-

park einrichten und deshalb bin ich der Meinung, wir sollten alle dieses Volksbegehren für die Einrichtung eines Naturparks unterstützen.

Lassen sie sich bitte, meine lieben Freunde, ihre schöne Oberpfalz nicht ruinieren, für die die WAA gewiß kein Segen, sondern ein Fluch wäre.

Lassen sie sich nicht irreleiten von den Worten dieser Politiker, von denen wir wissen, wie ihre Entscheidungen zustandekommen. Ich weiß ja vom Flick-Ausschuß, was Vordergrund und was Hintergrund bei diesen Entscheidungen ist.

Lassen sie die Plutoniumpest nicht in ihr Land hinein. Vertrauen sie ihrer eigenen Vernunft! Die Menschen, vor allem kommender Generationen, und Mutter Erde werden ihnen dafür dankbar sein.

Robert Jungk, Zukunftsforscher

Liebe Freunde –

als ich am 29. März 1982 hier war, da wart ihr viele, jetzt seid ihr sehr viele, und morgen werdet ihr noch mehr sein – es werden immer mehr sein, immer mehr Menschen, auch diejenigen, die noch nicht wissen, was auf sie zukommt, und die noch zu ruhig sind und sich nicht wehren wollen, werden sich wehren. Und ihr seid die Vorhut dieser Menschen, die es sich nicht gefallen lassen wollen, von einer Atomlobby, von einer Atomindustrie so gefährdet zu werden, wie sie es tut. Aber ich möchte noch jemanden hier begrüßen, wir haben nämlich noch einen Gast hier bei der Demonstration, einen ganz wichtigen:

Die Sonne! Die Sonne – die die Umwelt nicht verschmutzt, die uns zeigt, wo wir unsere Energie hernehmen sollen, und die uns eine Freude und eine Heiterkeit gibt, die uns von der dü-

teren und dunklen Atomkraft nicht kommen kann. Schaut euch doch mal die Herren der DWK an: was das für traurige Gesellen sind, traurig als Personen, und schaut euch selber in die Gesichter und seht, wie ihr trotz der Bedrohung eine Heiterkeit, eine Fröhlichkeit, einen Lebenswillen ausstrahlt, der stärker sein wird letzten Endes als der Mist und das Gift, mit dem die Atomindustrie uns bedroht.

Wer wie ich seit vielen Jahren mit der Atomindustrie sich beschäftigen muß, merkt, eine ihrer wichtigsten Tätigkeiten ist die Wiederaufarbeitung der Wahrheit. Da wird mit riesigem Aufwand an Geld und Werbephantasie aus einer unreifen, unfallgeplagten, pannenreifen, unsicheren Technologie eine sichere, garantiert störungsfreie – (Zuruf: eine todsichere) – da wird, ja genau, eine todsichere, sagt jetzt jemand, da wird radioaktiver Giftausstoß plötzlich umweltschonend, Milliardenverschwendung entpuppt sich als sorgsame Sparsamkeit, Plutonium, eine der giftigsten Chemikalien, wird in Bomben verwendet und gefährdet unsere Zukunft. Von diesem letzteren und möglicherweise verhängnisvollsten Betrug möchte ich heute sprechen, von der Tatsache, daß jetzt durch die Forcierung von Brüterreaktoren und Wiederaufarbeitungsanlagen endlich auch den Gutgläubigsten klarwerden muß, daß die angeblich friedliche Atomenergie in erster Linie nicht entwickelt wurde, um unsere Häuser zu wärmen, sondern um daß Rüstungswettrennen anzuhetzen. Das wollen wir nicht, wir wollen nicht hochgerüstet sein, wir wollen nicht um unser Leben zittern müssen. Bis vor zwei oder drei Jahren war es noch möglich, die falsche Fassade vom friedlichen Atomstrom aufzurichten, und es konnte sich auch mancher überzeugen lassen, daß die Bundesrepublik in die Plutoniumwirtschaft einsteigen müsse, um wirtschaftlich auf der Höhe zu bleiben. Aber inzwischen hat es sich herausgestellt, daß der Einstieg in diese neue Phase der Nukleartechnik finanziell ruinös und im Hinblick auf die überreichen Uranium-Reserven völlig unnötig ist. Weshalb, denkt doch einmal nach, weshalb bestehen dann die Betreiber so hartnäckig darauf, ihre monströsen, gefährlichen Riesenanlagen gegen den Widerstand immer weiterer Bevölkerungskreise durchzusetzen. Die Antwort heißt meiner Meinung nach: Weil sie für ihre Plutoniumproduktion Abnehmer haben, die über gewaltige Geldmittel verfügen, die Militärs, denen nichts zu teuer und nichts zu riskant zu sein scheint. Weil die Atomindustrie sich so schlecht durchgesetzt hat, sucht sie jetzt mehr noch als vorher neue Wege, neue Abnehmer. Weil sie ihre Produkte nicht mehr auf dem zivilen Markt verkaufen kann, sucht sie den militärischen Markt, und darum drückt sie mit allen Mitteln auf den Bau dieser Wiederaufarbeitungsanlage, die eben besonders bei militärischen Kunden Anklang finden wird. Der hier geplante Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage und der seit Jahren immer mehr Steuergelder verschlingende Brüter in Kalkar sind nur dann als

logische, zielgerichtete, überlegte Investitionen zu begreifen, wenn man sie als notwendige Voraussetzung, als wichtige Etappen auf dem Weg zu neuen Nuklearwaffen erkennt, zu europäischen oder — ich wage es kaum auszusprechen, aber es muß gesagt werden — zu eigenen deutschen Atombomben. Wird Wackersdorf tatsächlich gebaut und in Betrieb gesetzt, dann wagt die BRD einen Schritt mehr, vom sogenannten atomaren Schwellenstaat zum Atomwaffenstaat. Der Atomstaat wird zum Atomwaffenstaat. Das ist ein unheilvoller und unglücksschwangerer Weg, der uns der möglichen Endkatastrophe noch ein Stück näher bringen kann.

Das haben lange Zeit auch die amerikanischen Verbündeten so gesehen, und nicht nur sie, sondern alle Länder, die sich im Zweiten Weltkrieg gegen die Nazi-Agression verbündet hatten. Weil sie ihrem damaligen Feind nicht trauten, haben sie durchgesetzt, daß die Bundesrepublik sich 1954 feierlich verpflichtete, keine eigenen Atomwaffen herzustellen, und 1974 mit der Unterschrift unter den internationalen Vertrag zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen diesen Beschluß abermals bestätigte. Aber diese Verpflichtungen, die es in der Bundesrepublik ersparen würden, am kräfteverzehrenden, wahnsinnigen, existenzgefährdenden Wettlauf in der Herstellung immer schrecklicherer Massenvernichtung mitzumachen, haben Bonner und vor allen Dingen Münchner Politiker immer wieder versucht, zu unterwandern, zu untergraben. Seit 30 Jahren haben sie ihn abgelehnt, haben sie versucht, die Vertragsbestimmungen aufzuweichen, allen voran Franz Josef Strauß und Hans Seidel von der CSU, Gerhard Schröder und Mertes in der CDU, sie haben immer wieder eine deutsch-französische, aber auch, früher oder später, eine rein deutsche Atommacht verlangt. Als diese Forderung Ende der fünfziger Jahre auf

den entschiedenen Widerstand der deutschen Bevölkerung stießen, ich denke an die Göttinger Erklärung der 18 Atomphysiker und die erfolgreiche Kampagne "Kampf dem Atomtod", da wurde es vorübergehend ruhig um diese Forderung. In Wahrheit aber haben die führenden Kräfte sowohl in den christlich-sozialen Parteien wie in der Bundeswehr die sogenannte nukleare Option niemals aufgegeben, sondern an ihr festgehalten.

Sie hatten und haben begriffen, daß es leichter sei, ihre Waffenpläne durchzusetzen, wenn die Arbeiten an einer deutschen Atombewaffnung unter dem Deckmantel der Entwicklung einer zivilen friedlichen Atomindustrie vor sich gehen würden. Um dies tun zu können, wurde vor allem durch deutschen Einfluß der Atomwaffensperrvertrag so aufgeweicht, daß er in Praxis jede strenge Kontrolle des Mißbrauchs ziviler Atomanlagen zu militärischen Zwecken unmöglich macht. Inspekture der EURATOM, die Zutritt zur atomaren Anlage eines Mitgliedstaates haben wollen, müssen erst mindestens eine Woche vorher bei den Behörden dieses Landes sich anmelden, daß sie zur Besichtigung erscheinen wollen. Sie können sich vorstellen, ein Gesetzesbrecher, der so lange Zeit hat, sein Verbrechen zu vertuschen, der wird das auch tun. Also ist diese vielgerühmte Kontrolle, die Kontrolle der friedlichen Atomenergie, die verhindern soll, daß sie zu Rüstungszwecken mißbraucht wird, in Wirklichkeit eine Illusion, ist eine Augenauswischerei, und bitte fällt nicht darauf herein, das ist ein Betrug.

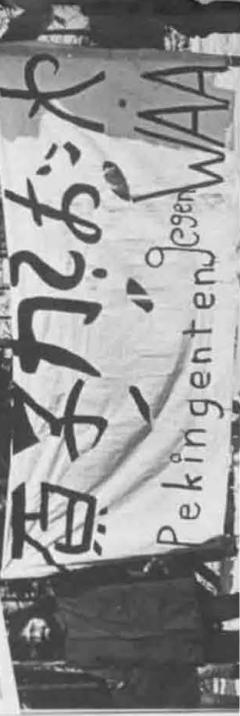
So ist legal und halblegal die deutsche Atomrüstung, fast unbeachtet von der Weltöffentlichkeit, seit den fünfziger Jahren Stück um Stück langsam ihrem Ziel nähergekommen, der eigenen Bombe. Legalisiert wurde der deutsche Besitz an Atomwaffenträgern und die Ausbildung von Mannschaften, die mit

Atomwaffen umgehen. Legal war es auch, wurde es, daß die BRD sich an den französischen Plutoniumprojekten maßgeblich finanziell beteiligte. Legal, daß Tonnen von hochwertigem Plutonium in Hanau unter ausdrücklichem Geheimschutz gestapelt werden. Halblegal ist es vorläufig noch, daß man an Methoden zur Herstellung von waffenreifem Plutonium arbeitet und daß jetzt offen eine eigene deutsche Atombombe schon in Planung steht, vorbereitet wird. Die frühe Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung der Bundesrepublik und der Welt zur Frage der Atombomben wird allmählich fallengelassen. Im Januarheft 1984 der bundeswehrrahmen Zeitschrift "Europäische Wehrtechnik" verlangte Dr. Roland Koller, ein hoher Beamter der Münchner Polizei, offiziell den deutschen Finger am atomaren Abzug. Wörtlich schrieb er dort und das hat die CSU und hat der Strauß, hat er nicht widersprochen, niemand hat da widersprochen, Bonn hat sich nicht dagegen gewehrt offiziell, er schrieb, einfach ausgedrückt: "Cruise Missile oder Pershing II, einschließlich Sprengstoff in deutscher Hand". Nun wäre ich ja froh, wenn es in der Hand der Bürger wäre, aber es kann in die Hand der Kriegstreiber gelangen, es kann in die Hand jener Partei gelangen, die das Schlesiertreffen unterstützt und die solchen Leuten, die schon vom Marsch durch Polen bis an die Ostgrenze der UdSSR das Wort reden. Diese aggressiven Kräfte erhalten, wenn es eine deutsche Atombombe geben sollte und wenn wir ihr immer näher kommen, vielmehr Kraft und Macht, und ich möchte nicht nur die Bürger vor einer solchen Entwicklung warnen, sondern ich möchte auch die Amerikaner davor warnen, daß sie das, wie sie's bisher getan haben, stillschweigend dulden oder sogar unterstützen. Denn dann könnte es sein, daß sie von irgendwelchen Heißspornen in Deutschland, von irgendwelchen Rechtsradikalen, die sich hinter der CDU und CSU verstecken, in einen Krieg hineingezogen werden, den sie gar nicht wollen.

Wir haben in diesem Teil der Welt genug an Schrecklichem erlebt, wir wollen, daß dies hier ein Ort wird, eine Region wird, ein Land wird, eine Nation wird, von der der Frieden ausgeht und nicht die Bedrohung mit Krieg und Unheil. Wir wollen leben! Wir wollen, daß die Sonne nicht auf einen toten Erdball herunterscheint, sondern auf einen Erdball voller fröhlicher, gesunder, freudiger Menschen. Wir werden es schaffen, wir werden den Tod verhindern. Wir werden es nicht sofort schaffen, aber in den wir diesen Kräften allmählich das Handwerk legen, werden wir erreichen, was wir erreichen müssen. Und glaubt mir, man hätte vielleicht nicht auf Gorleben verzichtet, wenn die dortige Bevölkerung nicht so phantastischen Widerstand geleistet hätte. Morgen wird man auf Wackersdorf verzichten, aber ihr müßt etwas dazu tun, wir müssen etwas dazu tun, es darf nicht sein.

Danke schön.





Erklärung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

Der BDKJ in der Diözese Regensburg hat sich in den letzten Jahren ausführlich mit der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie beschäftigt. 1983 schließlich sprachen wir uns aus moralisch-ethischen Gründen für einen Weg ohne Kernenergie aus (mit Ausnahme der Kolping-Jugend).

Folgende Überlegungen trugen zu dieser Entscheidung bei:

1. Für uns als junge Christen muß die Energiegewinnung auf eine Art und Weise gesichert sein, die dem verantwortlichen Umgang mit der Schöpfung entspricht.
2. Das sog. Restrisiko bei der Nutzung der Kernenergie – und sei es noch so gering – stellt eine Gefährdung für das Leben dar. Eine einmal in Betrieb genommene kerntechnische Anlage ist nicht mehr rückgängig zu machen, die entstandenen radioaktiven Substanzen und die radioaktiv verseuchten Anlagen werden vielen Generationen zum Erbe.
3. Des weiteren erfordern kerntechnische Anlagen hohe sicherheitspolitische Maßnahmen, die die Grenzen einer freiheitlichen Ordnung überschreiten können.
4. Wir halten ähnlich wie die Enquete-Kommission „Zukünftige Energiepolitik“ des Deutschen Bundestages eine Energieversorgung ohne Atomenergie für technisch und wirtschaftlich möglich.

Dem BDKJ geht es aus christlicher Verantwortung heraus um die Erhaltung der von allen Seiten bedrohten Schöpfung Gottes. Wir sehen die Beteiligung an dieser Demonstration als demokratisches Mittel, um unserer Aufgabe, als kirchlicher Jugendverband für eine menschenwürdige Gesellschaft einzutreten, gerecht zu werden. Dabei bekennen wir uns in vollem Umfang zu den Grundsätzen des demokratischen Staates.

Das Jahr 1985 wurde zum Internationalen Jahr der Jugend ausgerufen, wo gerade der Jugend Möglichkeiten der Mitwirkung in unserer Gesellschaft gegeben werden sollen. Dazu ist es dann auch nötig, sowohl den Widerstand gegen geplante Vorhaben, als auch konstruktive Vorschläge von Seiten der Jugendlichen ernst zu nehmen. Mit der Teilnahme an dieser Demonstration kann und darf der Widerstand gegen die WAA nicht beendet sein. Wir werden uns weiterhin unter dem Grundsatz des Dialogs und unter dem Grundsatz der Gewaltfreiheit gegen die Errichtung der Anlage einsetzen.



Leo Feichtmeier Pfarrer

Liebe Freunde der Oberpfalz aus verschiedenen Orten und Positionen, liebe Oberpfälzer, liebe Schwandorfer!

Viele von Ihnen haben viel in Kauf genommen, um hierher zu kommen. Daß Sie bei dieser Kälte hier sich beteiligen, ist eine warme Liebeserklärung an die Oberpfalz, mit der sie vor Jahren noch nicht rechnen konnte. Die WAA hat uns zusammengeführt.

Zwei Dinge bietet nach offiziellen Aussagen diese umstrittene Anlage: Arbeitsplätze und ein Risiko – Befürworter sprechen von einem „Rest-Risiko“.

In Punkt eins sind wir mit der Bayerischen Staatsregierung einig. Arbeitsplätze sind in dieser Region herzlich willkommen. Auch über Punkt zwei besteht außerhalb Bayerns in Deutschland Einigkeit: niemand will ein Restrisiko.

Wohin also damit? Dorthin, wo schon der größte Truppenübungsplatz Europas steht, wo noch ein zweiter Übungsplatz liegt – in die Oberpfalz!

Dorthin, wo man sich mit den Emissionen eines überregionalen Müllkraftwerks abzufinden hat – nach Schwandorf!

Wie Minister Streibl im „Bayernkurier“ vom 9.2. schreibt, spricht für den WAA-Standort Wackersdorf neben



dem Faktor Bayerische Staatsregierung ein weiterer Faktor, den wir „neu-deutsch“ Akzeptanz zu umschreiben gewohnt sind. Wackersdorf liegt in einem Raum, dessen Bevölkerung eine positive Grundeinstellung zu Industrie und Technik hat und die Schaffung neuer industrieller Arbeitsplätze als wichtiges Anliegen betrachtet.

In Wackersdorf – so immer noch der Minister – haben wir ein hervorragendes Beispiel, wie eine vorwärtsblickende Industriepolitik Arbeitsplätze schafft und erhält und die industrielle Zukunft einer Region sichert.

So sieht ein Oberbayer aus Oberammergau die Oberpfälzer. Wo bleibt bei diesem Jubel über die gottergebenen Wackersdorfer und die vorwärtsblickende Industrie der Schwarze Peter Restrisiko?

Die Vorwärtsblickenden im übrigen Deutschland und die Vorwärtsblickenden im Freistaat müssen verschiedene Brillen tragen. Unsere Vorwärtsblickenden sehen nur die tragische Akzeptanz der allzu lange in der Arbeitslosigkeit alleingelassenen Wackersdorfer. Sie übersehen, daß rings um Wackersdorf die Bedenken größer sind als die gragwürdige Akzeptanz.

Bleiben wir beim Restrisiko. Für die Zuständigen gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder das Restrisiko genau zu analysieren, und dann Konsequenzen zu ziehen – oder keine Konsequenzen zu ziehen, dafür aber die Kritiker zu analysieren. Hier setzen meine Bedenken ein. Als Mitglied des Arbeitskreises Theologie und Kernenergie – und als Religionslehrer – versuche ich, mir und anderen ein Bild vom mündigen Staatsbürger und vom mündigen Christen zu machen. Mündige Staatsbürger können ebensowenig wie mündige Christen einer bestimmten Partei hörig sein. Ich stimme dem Wiener Kardinal König zu, der seinen Mitchristen durchaus nicht abrät, sich in Parteien zu engagieren, der aber der Kirche zur Äquidistanz zu den Parteien rät – also gleicher Abstand von den Parteien – und aus dieser wohlwollenden Distanz je nachdem Zustimmung oder Kritik zu den jeweiligen Maßnahmen.

Angesichts der hiesigen Diffamierung der Bürgerinitiativen, ja gerade der Christen in den Bürgerinitiativen, bleibt der Eindruck, daß Politiker nach wie vor erwarten, daß ich mit meiner Stimmabgabe auch meine Verantwortung restlos an sie abgebe. Als mündiger Christ, der versucht, sich am Neuen Testament zu orientieren, der versucht, frei zu werden, gerate ich in Konflikt mit denen, die mir meine Freiheit abkaufen oder ausreden wollen.

Zu meiner Freiheit gehören meine Bedenken gegenüber Gefahren, die Politiker ignorieren.

Zu meiner Freiheit gehören aber auch Bedenken über den Stil, mit dem friedlicher Protest verdächtigt wird. Wie hält es unsere Obrigkeit mit dem Grundrecht auf friedliche Demonstration?

Tatsache ist, daß sich WAA-Gegner als Volksverhetzer beschimpfen lassen müssen, ja sich wie Terroristen behandeln lassen müssen! Oder womit läßt



es sich rechtfertigen, wie wir uns vor zwei Jahren vor der Demo in Wackersdorf behandeln lassen mußten? Wir wurden mit vorgehaltenen Maschinenpistolen angehalten und mußten die Pkws durchsuchen lassen. Welche Mittel soll die Obrigkeit später ergreifen, wenn sie schon im Anfangsstadium so wenig wählerisch ist?

Warum mußten bei Veranstaltungen von Bürgerinitiativen immer wieder die Autonummern notiert werden? Wozu die Verkehrskontrollen am Taxöldener Forst rund um die Uhr, ja Hubschrauberkontrollen über einem Gebiet, wo wie anderswo Bäume stehen, wo nichts zu beschützen oder zu verteidigen ist? Wozu, wenn nicht zur Einschüchterung der kritischen Bürger!? Neben dieser Einschüchterung – ich erinnere an die gestrige Zeitungsnotiz, wie wenig zierlich der Innenminister die Polizei ausgerüstet hat – es fällt mir als Geistlichen schwer, den Zorn zu unterdrücken – neben dieser Einschüchterung im Namen einer demokratischen Regierung steht vielfältige Diffamierung.

So gab nach unserer ökumenischen Bittandacht auf dem Kreuzberg vor einem Jahr der Justizminister jede Objektivität auf, als er von „Gebetslitaneien gegen Arbeitsplätze“ (laut Presse) sprach. Wir hatten bei der Andacht mit keiner Silbe die WAA erwähnt. Wir waren nicht einmal so weit wie das Gotteslob gegangen, wo es im Anhang der Allerheiligen Litanei heißt: „Von der Vergiftung der Erde – Befreie uns Herr!“

Auf unserem Transparent stand, und Motto unserer Andacht war: Vor der Vergiftung der Erde – Bewahre uns Herr!

Die Etikette des Herrn Justizministers übernahm allzu eifrig der Chef der Katholischen Laiengremien in München. Er behauptete von uns: Gottesdienst als Mittel politischer Auseinandersetzung! Wir haben in unserem Arbeitskreis bisher immer strikt die Auffassung vertreten und praktiziert, daß im Gottesdienst Andersdenkende nicht diffamiert werden dürfen.

Wäre es nicht gut gewesen, die Verfassungshüter hätten einmal bei unseren

Gottesdiensten zugehört, statt Autonummern aufzuschreiben?

Liebe Freunde, ich bin durchaus zur Ehrfurcht nicht nur gegenüber Gott, sondern auch gegenüber der Obrigkeit erzogen worden. Der Stil in dem diese Obrigkeit aber derzeit mit diesem Kapital in der Oberpfalz umgeht, ist – gelinde gesagt – sonderbar.

In diesen Tagen erleben wir aber auch sonderbare Vorstellungen über den Umgang mit der nachkonziliaren Kirche. Wenn z.B. der BDKJ-Regensburg nicht auf der vorgezeichneten verordneten Linie marschiert, dann braucht man sich in München nur ans Telefon zu hängen und gen Regensburg zu werten. Wer der DWK zu applaudieren hat, auch unter den Christen der Region, bestimmt ein Telefon in München.

So sonderbar wird die Gewissensentscheidung junger Menschen respektiert.

Liebe Zuhörer, wir Älteren haben schon gelernt, daß gerade wichtige Gewissensentscheidungen nicht von oben honoriert werden. Unsere jüngeren Mitchristen stehen noch in diesem Lernprozeß. Wir können es aber verstehen, denn es wäre nicht das erste Mal, daß junge Menschen aus Protest gegen die Gleichschaltung von Staat und Kirche aus der Kirche austreten. Das ist für mich der Hauptgrund, weshalb ich heute bei dieser Kälte Ihre Geduld strapaziere.

Diese jungen Leute, die besser sind als ihr oft pauschal bestrittener guter Ruf, diese jungen Leute brauchen unsere Solidarität. Denn das ist die Chance unserer Demokratie – das ist die Chance nach dem Konzil – daß katholische Jugend keine regimehörige Jugend sein muß!

Daß katholische Jugend keine Staatsjugend ist – wie HJ oder Komsomolzen oder Junge Pioniere, daß katholische Jugend keine angepaßte Jugend sein muß – sondern eine Jugend, die nicht indoktriniert, sondern überzeugt werden will.

Nur wenn Politiker und Kirchenhäupter dieser Jugend als Partner begegnen, werden sie mit ihr ins Gespräch kommen.

Beitrag zur Bauplatz-Kundgebung

Jens Scheer

Ich will hier keine lange Rede halten, sondern nur einige Sätze sagen zur Erfolgsperspektive:

Wyhl wurde verhindert, Gorleben wurde verhindert, Brokdorf, Grohnde für lange Zeit verzögert, weil die mörderischen Projekte dort, wie Albrecht sagte, politisch nicht durchsetzbar waren. Denn das waren die Orte, wo die Bevölkerung durch ihr Handeln am deutlichsten gedroht hatte, ihren Gehorsam, ihr Vertrauen, ihre Loyalität aufzukündigen, wo sie sagten: 'Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht', wo sie weiter gingen vom Protest zum Widerstand, wo die Leute anfangen, nicht mehr auf die Institutionen zu vertrauen, sondern – grob gesagt – ihr Schicksal in die eigenen Hände nahmen, ihre Forderungen selbst zu verwirklichen begannen.



Das war es, was die Herrschenden fürchten: "Das Allerschlimmste bei Wyhl," sagte Filbinger, "war, daß die Leute so ein verteufteltes gutes Gewissen hatten, wenn sie Gesetze brachen." "Und," sagte dieser alte Nazi, dieser furchtbare Jurist, "wenn Wyhl Schule macht, dann ist dieser Staat nicht mehr zu regieren."

Das ist es, was die Herrschenden fürchten, daß eine ganze Region ihnen die Loyalität aufkündigt, ihnen droht, ideologisch, bewußtseinsmäßig zu entgleiten. In solcher Situation waren sie zu Zugeständnissen bereit.

Voraussetzung dafür war, daß die Atomkraftgegner vor allem zwei Dinge beherzigten: Wir lassen uns nicht spalten an der Frage der Widerstandsformen, und wir lassen uns diese nicht von der Gegenseite vorschreiben. Wir diskutieren das untereinander, aber die Gegenseite hat da nichts mitzureden.



Das tut sie, weil sie Atomanlagen im eigenen Land als Schaufensterstücke für den Export braucht, und die Atomtechnik ist ausersehen, das Flaggschiff des Technologieexports zu sein, koste es, was es wolle. Und zur Demonstration eines angeblich vorhandenen know how soll hier diese WAAhnsinnsanlage gebaut werden. Und zum anderen, weil die Regierung perspektivisch auf Atombomben scharf ist, und dazu solche Anlagen erforderlich sind.

Umso wichtiger ist es, diese Anlage und das ganze Atomprogramm zu kippen, und ich bin sicher, wenn wir die Lehren von Wyhl und Gorleben beherzigen, dann werden wir die Sieger sein.

Daraus folgte die Einheit über politische, weltanschauliche, alle sonstigen Differenzen hinweg. Alle Betroffenen müssen lernen, zusammenzugehen; dabei

sind die entfernter Wohnenden genau so betroffen wie die unmittelbaren Anwohner. Einmal ganz konkret stofflich: Gerade bei den hohen Schornsteinen ist jemand, der entfernter wohnt, vielleicht mehr belastet als der unmittelbare Anwohner. Noch in hundert Kilometern Entfernung atmet man mehr radioaktiven Giftstoff aus der WAA ein als aus einem normalen Atomkraftwerk direkt neben einem. Und politisch sind wir eh alle betroffen, haben alle zusammen die Aufgabe, das mörderische Atomprogramm und jede einzelne Anlage zu verhindern.

Die Atomenergie ist ökonomisch gesehen ein Koloß auf tönernen Füßen, das zeigt der so erfreuliche Niedergang in den USA. Aber anders als dort wird sie hier mit zahllosen Stützen von der Regierung aufrechterhalten.



Hainburg – ein Beispiel

Der Abbruch der Rodungsarbeiten für ein umweltzerstörendes Projekt, nämlich das Wasserkraftwerk Hainburg in den österreichischen Donauauen, hat wieder einmal die Möglichkeiten des Widerstands gezeigt; der Auwald ist bis auf weiteres gerettet – die Abholzung wäre nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts illegal gewesen.

Am 26.11.1984 hatten die Behörden dem Kraftwerksbau zugestimmt. Zwei Tage nach der wasserrechtlichen Genehmigung am 6. Dezember kamen 10 000 Menschen, um gegen die geplante Um-

weltzerstörung zu demonstrieren. Am Montag darauf versuchten Au-Verteidiger erstmals, staatlich geschützte Holz-fälller zu behindern.

„Die Polizei muß die Rodungsflächen im Armschluß abriegeln. Holz-fälller, die wie Erschießungskomman-dos bewacht werden, weil das Volk keine Baumhinrichtung will ... Die Besetzer stampfen eine Versorgung aus dem Boden, die der Gegenseite, der häufig mit Heißgetränken und Decken ausgeholfen wird, Achtung abnötigt: Funkstation, Abriegelung der Hauptwege, Erdhütten, Patrouillen. Lebens-mitteltransporte aus ganz Österreich rollen heran, ein Bauer bringt Strohballen und entschuldigt sich tausend-

mal, weil er zu seinen Tieren zurück-müsse. Über ein gutgeknüpftes Telefon-netz berichten Späher über alle „Trup-penbewegungen“ an Wiener Polizei-kasernen, Taxifahrer transportieren kostenlos, Tankwarte „vergessen“ demon-strativ zu kassieren. Kaum eine niederösterreichische Familie, die nicht wenigstens einen Bekannten oder ein Familienmitglied mit Schlafsack und eiserner Ration in der Au weiß ... Ein Solidaritätskonto wird gebildet: Lohn-ausfall für Holzarbeiter soll verschmerz-bar gemacht werden. Prominente, Heller, Pluhar, Wildbiologe Festetics, Petra Kelly... frieren gemeinsam mit Namenlosen.“ (aus: „natur“ 3/85)

Wie geht's weiter?

Einen groben Rahmen der weiteren Widerstandsaktionen steckte die Landeskonferenz der bayerischen Bürgerinitiativen am 2. März in Mitterteich ab.

Geplant sind:

– Am 2. Tag nach Rodungsbeginn vielfältige, spontane Aktionen am Bauplatz. Dazu soll eine bayernweite Telefonkette eingerichtet werden.

Näheres erfahrt Ihr unter der Tel.-Nr.: 09 41 / 5 55 55

– Am ersten Samstag nach Rodungsbeginn erwarten wir alle WAA-Gegner zu einem Waldspaziergang am Baugelände. Wir hoffen auf ein „Hainburg in der Oberpfalz“, eine österreichische Lösung für Bayern...

Ein weiterer Schritt soll eine Großdemonstration in München sein: am Angelpunkt der politischen Entscheidungen, wo im Sommer die erste Teilerrichtungsgenehmigung erwartet wird.

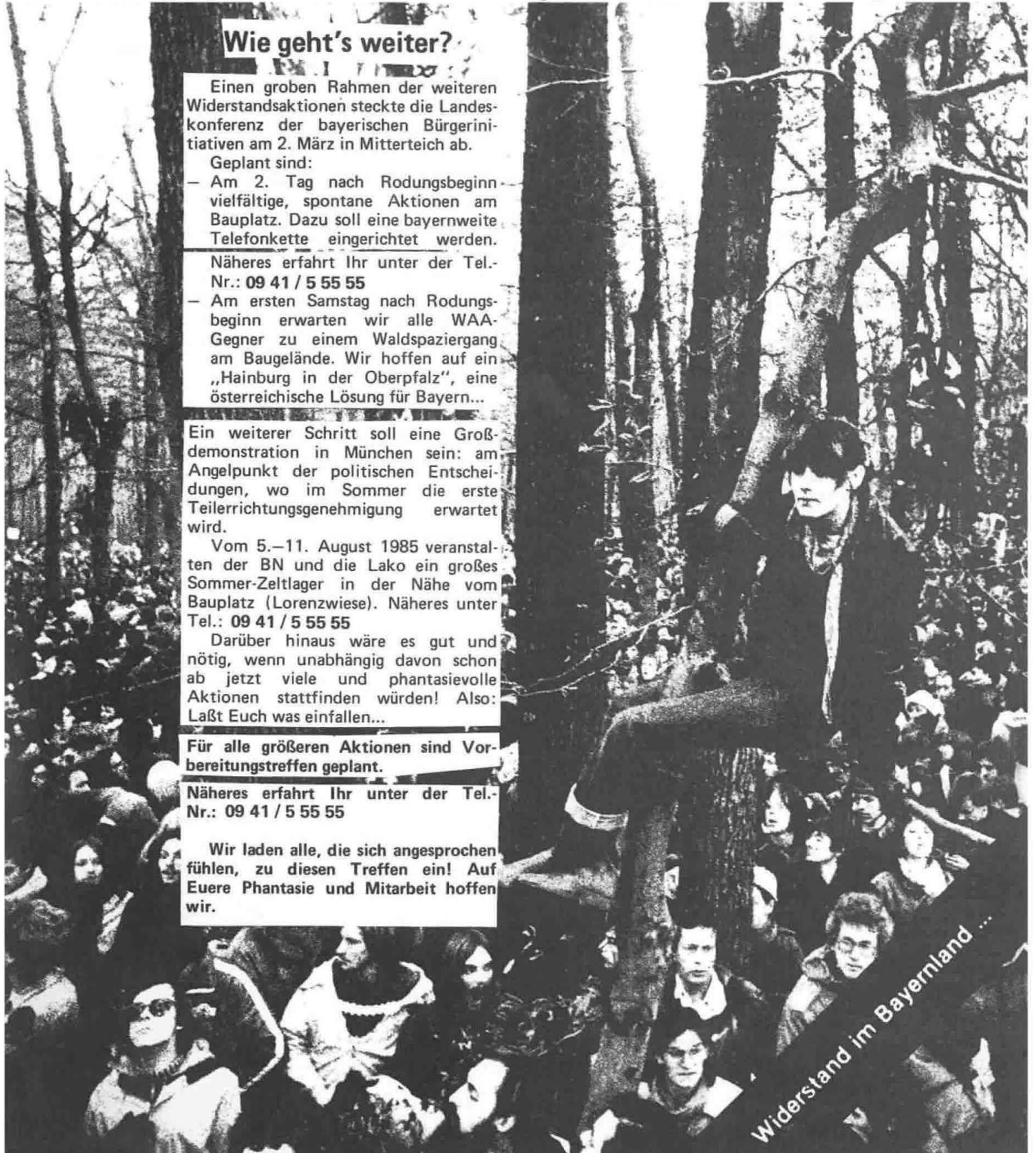
Vom 5.–11. August 1985 veranstalten der BN und die Lako ein großes Sommer-Zeltlager in der Nähe vom Bauplatz (Lorenzwiese). Näheres unter Tel.: 09 41 / 5 55 55

Darüber hinaus wäre es gut und nötig, wenn unabhängig davon schon ab jetzt viele und phantasievolle Aktionen stattfinden würden! Also: Laßt Euch was einfallen...

Für alle größeren Aktionen sind Vorbereitungstreffen geplant.

Näheres erfahrt Ihr unter der Tel.-Nr.: 09 41 / 5 55 55

Wir laden alle, die sich angesprochen fühlen, zu diesen Treffen ein! Auf Euere Phantasie und Mitarbeit hoffen wir.



Widerstand im Bayernland ...

Ein Februar in Lüchow-Dannenberg

Montag, der 4. Februar 1985. Dragahner Forst. Es ist 17.00 Uhr. Die etwa 500 Menschen – zumeist aus den umliegenden Gemeinden – die sich an diesem Spätnachmittag im Herzstück des Naturparks Elbufer-Drawehn eingefunden haben, sind sich der Merkwürdigkeit dieser Situation gar nicht so recht bewußt: mit Fackeln und Plakaten bestückt, ausgeleuchtet von den Fernsehkameras in einem nun schon dunklen Wald bei leichtem Schneefall zu stehen. Der unbefangene Beobachter müßte glauben, mitten in die Aufnahmen zu einem Film geraten zu sein. Doch die Wendländer haben schon zu oft hier gestanden – zuletzt erst in der Neujahrsnacht, bei einem Gottesdienst – mehr als einmal wurden ihnen Mikrophone entgegengehalten, als daß sie ihre Situation für außergewöhnlich halten würden.

Acht Jahre Widerstand – fast auf den Tag genau – seit Bekanntgabe des Standortes für das nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben im Februar 1977. Schon einmal hatte man es geschafft, den Bau der Plutoniumfabrik zu verhindern. Dies war nach dem großen Treck der 100.000 Menschen nach Hannover gewesen. Der Ministerpräsident hatte dann in einem Brief an den Bürgermeister von Gorleben erklärt: Er würde dem Bau einer WAA im Landkreis Lüchow-Dannenberg in keinem Fall zustimmen. Dafür bekam er das Zwischenlager. Am 1. November 1982 dann der Wortbruch: Standort Dragahn.

Montag, 4. Februar 1985. Dragahner Forst. 17.00 Uhr. Ein Ruf: Wackersdorf. Doch die Reaktion der hier versammelten Menschen ist kaum wahrnehmbar: kein Freudenausbruch, kein Lachen. Die Journalisten beginnen mit ihren Interviews. Ergebnis: Erleichterung ja, aber keine Freude. Zu sehr haben die zurückliegenden Jahre geprägt und das Bewußtsein für die Gesamtzusammenhänge geschärft. Wir sind sie zwar los, haben sie hier vielleicht sogar durch unseren Widerstand verhindert. Aber die WAA wird gebaut, nur eben in Wackersdorf. Man fühlt sich mit den Menschen dort verbunden, weiß aus eigener Erfahrung, was auf sie zukommen wird. Es wird auch immer wieder die Gefahr beschworen, daß nun eine Konditionierungsanlage nach Lüchow-Dannenberg kommen wird, die den atomaren Müll endlagerungsfähig machen soll – für das nicht geeignete Endlager Gorleben!

Daß sich am erbitterten Widerstand durch diese Entscheidung nichts ändert, zeigen gleich die nächsten Stunden. Eine spontane Demonstration findet im nahegelegenen Dannenberg statt. Dort befindet sich auch das Büro der DWK. Es ist ungeschützt. Die Polizei hatte nicht damit gerechnet, daß sich nach der Standortentscheidung "Wackersdorf" nun doch noch plötzlich hier der Zorn entladen könnte.

Mörder DWK raus

Doch unter Rufen wie "Mörder" und "DWK raus" brandet die Wut gegen die Eingangstür. Es entsteht Sachschaden von 10.000 DM. An diesem Abend kommen viele erst spät ins Bett. Man freut sich über das verkniffene Gesicht von Albrecht im Fernsehen, der nun ankündigt, bei der Entsorgung "auf dem Schlauch" zu stehen. Daß man seine Worte nicht für bare Münze nehmen darf, wissen die Lüchow-Dannenger ja. Deshalb überrascht es sie nicht, als bei den allzeit bereiten Leuten des Widerstands am nächsten Morgen um acht Uhr das Telefon klingelt: Castor-Alarm. Der erste hochradioaktive Müll soll in den Landkreis gebracht werden. Zunächst wird nur die regionale Telefonkette ausgelöst, die bundesweite Alarmkette soll erst dann in Gang gebracht werden, wenn auszuschließen ist, daß es sich um einen "Übungscastor" handelt. Es ist ein Castor zum Üben: sechs Stunden werden allein benötigt, um ihn von der Schiene per Kran auf den Tieflader zu befördern. Vertrauensfördernd ist diese Technik nicht.

Zehn Tage später, am 16. Februar 01.00 Uhr nachts, stehen vier Busse in Lüchow abfahrtsbereit. 170 Menschen nehmen die mehr als strapaziöse 24stündige Fahrt nach Wackersdorf auf sich. Es wird, wie sich später herausstellt, das weitaus größte, ja fast einzige Kontingent aus dem Norden sein. Entsprechend ist der Empfang in Wackersdorf: tosender Beifall für den Widerstand aus dem Wendland.

Eine Woche nach Schwandorf: Aktionstage im Wendland Verboden, aber nicht verhinderbar

Das Bewußtsein, daß man eine Schlacht gewonnen, aber den Sieg noch nicht errungen hat, treibt den Widerstand in Lüchow-Dannenberg weiter voran. Eine knappe Woche später beginnen trotz Demonstrationsverbots die Aktionstage, die Unruhe im Wend-

land stiften sollen. Der politische Preis für die Pläne, im Zwischenlager Gorleben ein bisher nie gekanntes Gefährdungspotential in einer Halle, die nur gut durchlüftet – ohne Filter – ist, soll hochgeschraubt werden. Entlang der Transportstrecken – von Uelzen über Schiene bis Dannenberg, dann über die Straße bis Gorleben – wird blockiert und demonstriert. Die Polizei kann trotz des Aufgebots von weit mehr als 1000 Polizisten und vielen Hubschraubern nicht Herr der Lage werden. Die Erkenntnis dieses Wochenendes: Die Polizei kann die Transportstrecken nicht wirklich schützen. Dies äußert sich dann in kaum vorstellbaren Übergriffen einiger Beamter aus der uniformierten Menge heraus gegen Demonstranten und Unbeteiligte.

Erster Castor-Behälter gerichtlich verhindert

Daß der Widerstand im Wendland auf allen Ebenen weitergeht und gut funktioniert, zeigt gleich der Montag nach dem Aktionswochenende: aus sicherer Quelle – auch dies ist Widerstand – kommt die Nachricht: Der erste heiße Castor-Transport steht für den nächsten Tag an. Noch bevor Alarm ausgelöst wird bei allen Freunden des Wendlandes wird von Seiten der Bürgerinitiative versucht, diesen Transport gerichtlich zu verhindern. Nach hektischen Stunden gelingt dies: Das Gericht verbietet bis zur Entscheidung des Eilantrages von fünf Bürgern aus Lüchow-Dannenberg gegen die sofortige Vollziehbarkeit der Einlagerungserlaubnis durch eine Zwischenverfügung den für den nächsten Tag geplanten Transport. Gegen das Zwischenlager ist ja außerdem noch eine Verfassungsklage anhängig, da hier in die Wälder bei Gorleben dieses Zwischenlager ohne Bebauungsplan hineingeknallt worden ist. Teilweise ist dieses Lager schon lahmgelegt: Nachdem die ersten Fässer mit schwachradioaktivem Müll (wovon eins, weil es undicht war,



wieder zurückgebracht werden mußte) kaum eingelagert waren, stellte sich ein paar Tage später heraus, daß der Fußboden nicht den Vorschriften entspricht. Er platzt auf und läßt sich somit nicht mehr dekontaminieren, d.h. von Radioaktivität freiwaschen.

Inzwischen wurde durch ein Gutachten von Prof. Grimmel bekannt, daß das Zwischenlager einsturzgefährdet ist, da der Gipshut über dem Gorlebener Salzstock Hohlräume aufweist, die — wie auch in der Umgebung schon geschehn, plötzlich nachgeben können.

Die Schilderung dieser Februarwo-



chen zeigt deutlich, daß der Widerstand der Umweltschützer in Lüchow-Dannenberg auf allen Ebenen weitergeht: auf der Straße, in den Parlamenten — von den Kommunen bis hin zum Europaparlament, in dem Undine v. Blottnitz aus dem Wendland für die Grünen die Stimme erhebt — und vor den Gerichten. Ziel des Widerstandes in Lüchow-Dannenberg ist es, diese einmalig schöne Region allen Naturfreunden zu erhalten, den Klauen der Atomindustrie zu entreißen und danach an einer Modellregion für ökologisch bewußtes Arbeiten und Leben mitzuarbeiten.

Beate Seitz

Die Kirche — Kumpanei mit den Mächtigen?

Vor einem Menschenmeer von rund 30000 Demonstranten auf dem Schwandorfer Stadtplatz macht Pfarrer Leo Feichtmeier seinem Zorn Luft: "Angesichts der hiesigen Diffamierung gerade der Christen in den Bürgerinitiativen, bleibt der Eindruck, daß Politiker nach wie vor erwarten, daß ich mit meiner Stimmabgabe auch restlos meine Verantwortung an sie abgebe."

Den Priester aus dem Ort Nittenau in der Oberpfalz, der auf der Großdemonstration den Arbeitskreis "Theologie und Kernenergie" vertritt, ärgert schon lange das undemokratische Verhalten der modernen Politik- und Kirchenfürsten. Damit spricht er den Unmut aus, der sich bei der Gruppe von evangelischen und katholischen Pfarrern, Universitätstheologen, Religionslehrern und engagierten Christen aus dem ostbayerischen Raum angesammelt hat. (...)

Der Bund deutscher katholischer Jugend (BDKJ) Regensburg (außer der Kolpingjugend) hatte ebenfalls zu der Anti-Atom-Demonstration aufgerufen und schon im Vorfeld Schelte erhalten.

Der Vorsitzende des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Regensburg, Valentin Graf Ballestrem, erklärte, daß Anti-Demonstrationen "Ausdruck mangelnden Vertrauens in die Verantwortungsfähigkeit des Staates" seien, wozu in diesem Fall kein Anlaß bestünde.

Von der Kirche werde man vergeblich praktische Richtlinien für die Lösung der Energieprobleme erwarten, meinte der Laienkatholik und außerdem: Mit einem kleinen Risiko müsse man einfach leben — das bringe das menschliche Leben mit sich... (hört, hört! d.korr.).

Damit hat er sich weit von guter amtskirchlicher Gesellschaft entfernt, die vertreten durch den Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Josef Höffner, der Ansicht ist: "Die von einer entfesselten Atomenergie ausgehenden Gefahren sind jedoch wegen ihrer Schrecklichkeit und wegen

ihrer viele Generationen schädigenden Auswirkungen von qualitativ besonderer Art... Die Atomenergie ist nämlich die risikoreichste Technik. Hier wirken sich Mißbrauch und menschliches Versagen besonders verheerend aus." (...)

Ist der Vorwurf des BUND-Vorsitzenden Hubert Weinzierl, der Bischof lasse sich "vor den Karren der Atomlobby spannen" doch berechtigt? Auch wenn das Regensburger Kirchenoberhaupt beteuert, daß er sich überhaupt vor keinen Karren spannen lassen will, hat er in der Vergangenheit zumindest

alles getan, um diesen Verdacht zu erhärten:

Im Herbst 1983 schickte er gleich eine ganze Delegation von Geistlichen aus der Diözese mit seinem Generalvikar zum Kernkraftwerk Isar I in Ohu bei Landshut, wo ihnen sogar das "Allerheiligste" (laut Landshuter Zeitung vom 10.11.83), der Reaktorraum, offenstand.

Bei einer Informationsveranstaltung über Atomenergie vor Meinungsmultiplikatoren des Bistums ließ er nur Kernkraftbefürworter zu Wort kom-



men. Einen Fachmann von der Atomgegner-Seite referieren zu lassen, hielt er für überflüssig, denn er habe "keinen Grund zu bezweifeln, daß der Vertreter des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen objektiv über den Sachverhalt berichtet hat", so schreibt er Hubert Weinzierl.

Besonders christlichen Jugendorganisationen, die sich aus ethischen Erwägungen gegen Atomprojekte stellen, wird häufig der Vorwurf gemacht, sie seien zu wenig über die komplizierten technischen Zusammenhänge der Atomenergie informiert. Wie soll aber dann für junge Leute ein Bischof glaubwürdig sein, der die Sachargumente der Kernenergie-Gegner noch nicht einmal anhört, geschweige denn einer sorgfältigen ethischen Bewertung unterzieht? (...)

Die machtpolitische Zerreißprobe um die WAA wird zeigen, ob es nicht besser gewesen wäre, statt des schwächlichen Friedensmannes St. Georg, den Drachentöter, oder St. Michael, den Teufelsbezwinger, um Beistand zu bitten.

Die Mitglieder des Kernenergie-Arbeitskreises sind indes zuversichtlich. "Die ethischen Argumente der WAA-Befürworter haben uns bisher nicht überzeugen können," sagt gelassen ihr Sprecher, Ferdinand Angel, wissenschaftlicher Assistent an der theolo-

Mit zweierlei Maß wurden im Rahmen der Großdemonstration Gläubige und Polizei gemessen. Der katholische Stadtpfarrer Albert Kreuzer ermöglichte Polizisten den Zutritt zur Stadtpfarrkirche St. Jakob, gläubige Christen dagegen mußten draußen bleiben.

„Am Tag vor der Protestveranstaltung klopften folglich einige Polizeibeamte aus Ansbach bei Pfarrer Kreuzer an und baten ihn, er möge ihnen am nächsten Tag Zutritt zum Kirchturm gewähren, weil sie von dort die Kundgebung filmen wollten. Weil Filmbilder von einzelnen Demonstranten letztlich nur dem Schutz aller Kundgebungsteilnehmer dienten, wie ihm die Polizisten weismachten, stimmte Pfarrer Kreuzer zu. Katholiken die anderntags ihrer Sorgen und Ängste wegen auf dem Marktplatz zusammengekommen waren, standen dagegen vor verschlossenen Türen, als sie für ein kurzes Gebet in St. Jakob einkehren wollten. Pfarrer Kreuzer ließ sich von ihnen nicht dazu bewegen, das Gotteshaus aufzuschließen.“ (SZ, 4.3.1985).

Neben verschiedenen Einzelpersonen hat auch der Regensburger Arbeitskreis „Theologie und Kernenergie“ den Pfarrer um eine Erklärung gebeten.

gischen Fakultät Regensburg. Religionslehrer Erwin Frank führt aus: "Wir werden weiterhin Informationsveranstaltungen, Filmabende und Podiumsdiskussionen – natürlich auch mit WAA-Befürwortern – veranstalten, um ein Forum für eine ethische Urteilsfindung zu schaffen. (...)

Je mehr aber diese christliche Gruppe von WAA-Gegnern Anklang bei der Bevölkerung findet, desto mehr werden sie gerade von CSU-Politikern kritisiert. Als "Wallfahrt der Grünen", "Verhöhnung kirchlicher Traditionen" (bayerischer Justizminister Gustl Lang) und als "Mißbrauch der Religion" (bayerischer Umweltminister Alfred Dick) wurde eine ökumenische Bittandacht auf dem Kreuzberg bei Schwandorf abgeurteilt. (...)

Dem Priester aus dem Ort Penting bei Regensburg, der auch an dem Entscheidungstag für den Standort Wackersdorf am 4. Februar mit den spontan sich versammelnden Wiederaufarbeitungsgegnern betete, wurde bereits von seinen Vorgesetzten ins Gewissen geredet. (...)

Mit der Forderung nach einer unpolitischen Kirche wird es nicht leicht sein. Denn selbst eine neutrale Position zur WAA wäre keineswegs "unpolitisch", sondern die verhängnisvolle Bestätigung einer einseitigen politischen Entscheidung. (...)

Plutoniumwirtschaft heißt Bombenwirtschaft

Interview mit Robert Jungk, Historiker und Zukunftsforscher. – „Jemand, der sich mit den Folgen des heutigen Han-

delns mehr beschäftigt als andere, die die Folgen der Zukunft oder zukünftigen Generationen überlassen wollen.“

Lieber Robert Jungk, Du scheinst mit Deinem Redebeitrag auf unserer Großdemonstration einen Lebensnerv der DWK getroffen zu haben: die DWK sah sich genötigt, bereits wenige Tage später den Inhalt Deiner Rede in einer Presseerklärung zu dementieren, ohne dabei jedoch Deinen Namen zu nennen. Darin erklärt die DWK, daß die Behauptung, die WAA diene der Gewinnung von waffenfähigem Plutonium absurd sei, da das durch die Wiederaufarbeitung gewonnene Plutonium für eine Atombombe ungeeignet sei. Stattdessen diene die WAA der ordnungsgemäßen Entsorgung der Kernkraftwerke (vgl. Zeitungsartikel). Lügt hier die DWK? Und wenn ja: warum meinst Du, glaubt sie, lügen zu müssen?

Die Kernkraftindustrie hat seit Jahren gelehrt, daß das in Zivilreaktoren entstehende Plutonium für Waffen gebraucht werden könne. Diesen Mythos hat bereits vor nunmehr fast acht Jahren der langjährige amerikanische Rüstungsberater Prof. A. Wohlstetter energisch und öffentlich widersprochen. Noch deutlicher wird diese bewußte Lüge von der Nicht-Anwendbarkeit des in zivilen Kernkraftanlagen gewonnenen Plutoniums für Rüstungszwecke in einem August 1981 publizierten Aufsatz



aus der Feder von A. T. Peaslee Jr. denunziert, den das Los Alamos National Laboratory, die führende nukleare Waffenschmiede der USA, veröffentlichte. Dort heißt es wörtlich: „Eine der Mythen, die jahrzehntelang verbreitet wurden und zum Teil sich noch heute erhalten, war, daß das Plutonium, das in Kernkraftwerksreaktoren entsteht, sich nicht für Atomwaffen eigne ... Es sollte allen klar sein, daß es keine technische Scheidelinie zwischen ziviler und militärischer Reaktortechnik gibt und nie gegeben hat.“ Es ist richtig, daß das Plutonium, das in der WAA erzeugt wird, zwar waffenverwendungsfähig aber nicht von erster Qualität ist. Durch die in den letzten Jahren neu entwickelten Techniken ist es jedoch möglich geworden, kostengünstig dieses Plutonium „aufzuwerten“ und in hochgradiges Waffenmaterial zu verwandeln. Diese „Wiederverwertung“ von zivilem Plutonium wird seit mindestens zwei Jahren in den USA und vermutlich auch in der UdSSR betrieben. 1977 hat Präsident Ford die Wiederaufar-



beutung von abgebrannten Reaktorstäben aus zivilen AKWs untersagt. Bis heute gibt es immer noch keine zivile WAA in den USA. Die Wiederaufarbeitung ist dem Militär vorbehalten.

Du deutest in Deiner Rede an, daß das Atomprogramm von Anfang an darauf abzielte, dem Besitz von Atomwaffen näher zu kommen. Kannst Du das belegen?

Ich arbeite zur Zeit mit meinem Freund Reinhard Spilker an einem Buch über diese Vorgänge, das im Herbst erscheinen soll. Dort werden wir ausführlich über diese entweder vergessenen oder geheimgehaltenen Bemühungen sprechen. Hier nur so viel: in den fünfziger Jahren wurde der Anspruch auf eine deutsche Atombombe von F.J.S. ganz offen erhoben. Verteidigungsminister Schröder und Sprecher der Bundeswehr wiederholten ihn auch noch in den sechziger Jahren. Nicht weniger als 90 Bundestagsabgeordnete der CDU und CSU stimmten noch am 20. Februar 1974 gegen den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffensperrevertrag. Darunter Alois Mertes (heute Staatsminister im Auswärtigen Amt) und der jetzige Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag, Alfred Dregger. Sie taten das mit der Begründung, die BRD müsse sich die „atomare Option“ offenhalten. Der englische Atomphysiker Frank Barnaby, der jahrelang Direktor des führenden Friedensforschungsinstituts SIPRI in

Stockholm war, sagte beim Gorleben-Hearing 1979 in Hannover: „Der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland würde unweigerlich den Verdacht nähren, daß mindestens ein Zweck der Anlage der sei, der Bundesrepublik die Option zu geben, zur Herstellung von Kernwaffen für eine nationale nukleare Streitmacht in minimaler Zeit in der Lage zu sein.“ Daß diese Vermutung in der Tat stimmt, werden wir in unserem Buch an Hand vieler Fakten und Indizien zu beweisen suchen.

Kann man feststellen, daß es einen Bruch gab zwischen Hitlers Forschungen für die Atombombe und den Atomforschungen der Nachkriegszeit, oder läßt sich hier eine gewisse Kontinuität nachweisen?

Eine ganze Reihe von deutschen Atomphysikern und Chemikern, die schon unter Hitler für die Rüstung tätig waren, haben diese Arbeit ungeniert in den Forschungsstätten der Nachkriegszeit fortsetzen können. Während es noch in den fünfziger Jahren hieß: „Wir haben zwar im Krieg am deutschen ‚Uranprojekt‘ mitgearbeitet, aber bewußt so, daß unsere Forschung die Nichtmachbarkeit der Atombombe in der zur Verfügung stehenden Zeit zu beweisen versuchte“, änderte sich diese Haltung schon in den folgenden Jahren. Jetzt hieß es plötzlich: „Auch wenn wir es hätten wollen, wären wir nicht instan-

de gewesen, Hitlers Auftrag zu erfüllen.“ Eine Akzentverschiebung, die bezeichnend für den Opportunismus von so „hehren Figuren“ wie C. F. von Weizsäcker ist.

Die zivile Atomindustrie in den USA geht immer mehr pleite — es gibt dort auch keine zivile WAA — d.h. es gibt sie, aber sie wurde eingemottet noch bevor sie in Betrieb ging — wegen Unwirtschaftlichkeit. Stattdessen gibt es eine Reihe von militärisch genutzten WAAs, die ausschließlich für die Atomwaffenproduktion bestimmt sind — Die DWK kann also kaum die USA meinen, wenn sie auf die Erfahrungen in anderen Ländern verweist. Welche Länder haben auch eine WAA und wie kann man sie beurteilen unter den Aspekten „Entsorgung“, „Wirtschaftlichkeit“ und „militärischer Nutzung“?

In den USA wird jetzt ganz offen die Doppelnatur der Atomenergie betont. Es wird z.B. in dem schon erwähnten „paper“ aus Los Alamos gesagt, daß durch die Nutzung der zivilen Atomindustrie für Rüstungszwecke diese Pleitebranche der Energiewirtschaft gerettet werden könne. Erfahrungen in La Hague, Frankreich, haben gezeigt, daß die WAAs bis heute eine unausgereifte Technik sind, die von überdurchschnittlich vielen Pannen geplagt wird und um ein Vielfaches kostspieliger ist als ursprünglich angenommen. In der WAA Windscale/Sellafield in Großbritannien müssen jetzt aufgrund der Opposition der benachbarten Bevölkerung längst überfällige Verbesse-

rungen zum Schutz der Umgebung und ihrer Menschen vor Radioaktivität eingebaut werden, die viele Millionen englische Pfund kosten. Kürzlich sagte ein Direktor der BNFL (British Nuclear Fuel), daß die Anlage nur dann hundertprozentig strahlensicher gemacht werden könne, wenn man noch zehnmal mehr ausgeben würde, dann ließe sich aber der Betrieb aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr weiterführen. Also: Einsparungen auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung, ein Argument, das wir nach Inbetriebnahme der WAA dann fast sicher ebenfalls hören werden.

Du weist in Deiner Rede auf die Untauglichkeit des Atomwaffensperrvertrags hin – kannst Du das noch etwas näher erläutern?

Die Tatsache, daß die sog. „safeguards“, die Kontrolle der Atomkraftwerke durch die „Euratom“ und die Internationale Atombehörde ungenügend seien, werden von diesen Stellen selber immer wieder betont. Der Vertrag ist hauptsächlich als Folge der Einwände bundesdeutscher Unterhändler so schwach gemacht worden, daß eine effektive Überwachung schlechthin unmöglich ist. Nicht genug gibt es zu wenig Inspektoren – nicht einmal 200 für den ganzen Erdball, von denen jeweils ein Viertel bis ein Drittel im Urlaub sind, sondern auch keinerlei Befugnisse, die überraschende Kontrollbesuche möglich machen würden. Zuvor hat der Staat, in dem ein zu kontrollierendes AKW sich befindet, höflich um Erlaubnis gebeten zu werden. Daß da dann nichts Verdächtiges entdeckt wird, ist wohl logisch. Die

Im Herbst soll neu über den Atomwaffensperrvertrag verhandelt werden. Warum?

Die Konferenz findet unter sehr negativen Vorzeichen statt. Eine ähnliche Konferenz vor fünf Jahren war von ähnlichen Konflikten gekennzeichnet, zwischen den Mächten, die bereits Atomwaffen haben und bereits über Atomenergie verfügen und anderen Mächten, die sich benachteiligt fühlen und gehindert fühlen durch die Kontrollen des NPT-Vertrages. Bei dieser Konferenz wird es zu ähnlichen Auseinandersetzungen kommen und es wird von manchem angenommen, daß die Konferenz mit einem Krach enden wird, so daß es keine Erneuerung des NPT-Vertrages geben könnte. Ich glaube nicht, daß das so laufen wird, weil viele Länder, die Atomreaktoren haben, daran interessiert sind, die Scheinkontrolle, die ich ja vorher in den früheren Antworten gekennzeichnet habe, aufrechtzuerhalten, so daß die Illusion bestehen bleibt, daß Länder, die die sogenannte friedliche Atomkraft verwenden, sie nicht für militärische

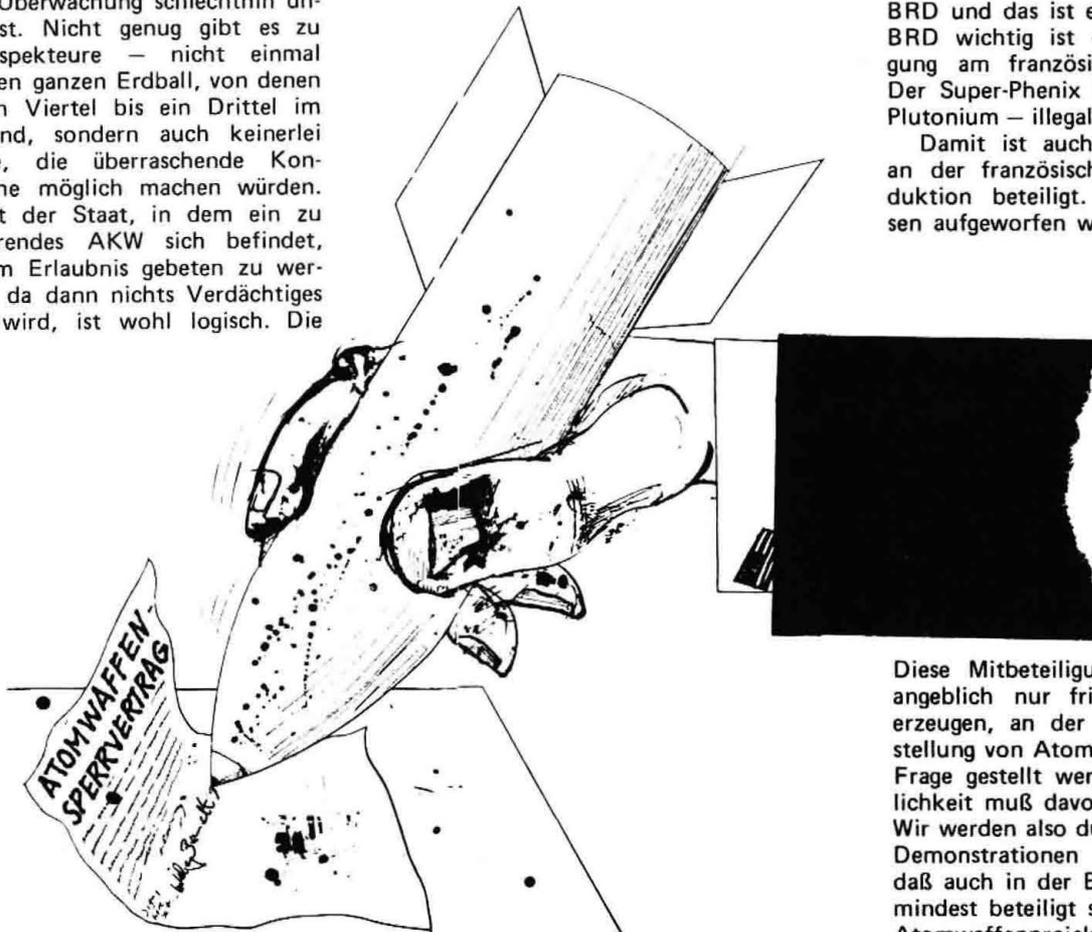
diesem speziellen Fall sind die Atomgegner und die Atombehörde und die Euratom auf einer Seite, denn auch die internationale Atombehörde beschwert sich darüber, daß sie nicht genügend Rechte auf eine wirkliche Durchsetzung der Artikel des NPT-Vertrages hat, daß ihr nicht die Mittel gegeben werden.

Von Greenpeace soll an die internationale Antiatombewegung ein Paket mit Informationen herausgegeben werden, das im April verschickt wird, und man sollte sich unbedingt um dieses Paket kümmern, um genauer zu wissen, wie man sich da verhalten muß.

Für wie wichtig hältst Du dann diese Alternativkonferenz für die Anti-AKW-Bewegung?

Diese Alternativkonferenz ist deshalb wichtig, weil sie vor allen Dingen auf die Parlamente einen Druck ausüben kann. In Holland ist es der Alternativbewegung bereits gelungen, daß dort Abgeordnete gefragt haben: „Was geschieht eigentlich mit dem Abfall, den wir nach Frankreich liefern? Wird das nicht dort für militärische Zwecke verwendet?“ Wie ist es eigentlich – die BRD und das ist eine Frage die für die BRD wichtig ist – mit ihrer Beteiligung am französischen Super-Phenix. Der Super-Phenix brütet waffenfähiges Plutonium – illegal!

Damit ist auch die Bundesrepublik an der französischen Atomwaffenproduktion beteiligt. Diese Fragen müssen aufgeworfen werden im Parlament.



Diese Mitbeteiligung der Länder, die angeblich nur friedliche Atomenergie erzeugen, an der militärischen Bereitstellung von Atommunition, die muß in Frage gestellt werden und die Öffentlichkeit muß davon informiert werden. Wir werden also durch Information und Demonstrationen klarmachen müssen, daß auch in der BRD z.B., daß wir zumindest beteiligt sind am französischen Atomwaffenprojekt...

Wirst Du Dich persönlich am Trägerkreis und der Alternativkonferenz beteiligen?

Ich werde mich am Trägerkreis beteiligen, ob ich zur Alternativkonferenz kommen kann, weiß ich noch nicht, ich bin aber mit allen, die an diesen Dingen arbeiten, auch ohne auf einer Konferenz zu sein, ständig in Kontakt.

Wir danken Dir ganz herzlich für das Interview.

Kontrolleure klagen (Zitat): „Wir werden von denen kontrolliert, die wir eigentlich kontrollieren sollen.“ So ist der NPT (Non Proliferation Treaty) eine einzige Augenwischerei, die nur als Scheinargument zur Beruhigung von Politikern und Bürgern benutzt wird und uns eine gefährliche Scheinsicherheit vor der Weiterausbreitung der Atomrüstung einredet.

Zwecke verwenden... Unser Argument dabei ist, daß es eigentlich keine Trennung zwischen ziviler und militärischer Atomenergie gibt. Wir müssen alles tun, damit die Umgehung des Vertrages, die von verschiedenen Ländern schon gewagt wird, nämlich die illegale Bereitstellung von militärischen Möglichkeiten, verhindert wird (die z.B., auch von der Bundesrepublik geplant wird). In

Aufruf zu einer bundesweiten Konferenz anlässlich der 3. Überprüfungs-konferenz zum Atomwaffensperrvertrag

in der vorliegenden Form
erarbeitet und diskutiert
am 9.3.1985

Die von Unionspolitikern eröffnete Diskussion über eine „Europäische Atomstreitmacht“ unter Ausnutzung westeuropäischer Initiativen für eine „Europäische Union“ und die aktuelle Kontroverse über die Hanauer Nuklearbetriebe und die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf haben erstmals das Thema Proliferation (Weiterverbreitung von Atomwaffen durch zivile Atomtechnik) und die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrages durch die Bundesregierung zu einem Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung gemacht.

Seit nahezu 30 Jahren wird in der Öffentlichkeit die Illusion geschürt, die zivile Atomtechnik ließe sich von der militärischen eindeutig trennen. Tatsächlich wurden und werden auch in der Bundesrepublik mit der zivilen Atomenergie die technologischen Voraussetzungen für eine militärische Nutzung der Atomenergie, einschließlich der Herstellung nuklearer Waffen, fortlaufend verbessert. Je deutlicher die ursprünglich gehegten energiepolitischen Hoffnungen in die Atomenergie verblassen, um so markanter kommt die militärische Seite dieser janusköpfigen Technologie zum Vorschein.

Die dubiose Rolle der Bundesrepublik beim Umgang mit Atomwaffentechnologien ist im Ausland spätestens seit dem Brasiliengeschäft von 1975 (Lieferung von WAA und Urananreicherungsanlage) wohl bekannt. In der BRD selbst jedoch wurde dieser gesamte Themenbereich bis in die jüngste Vergangenheit hinein erfolgreich tabuisiert. Mit ihrem aktiven Eintreten für atomare Aufrüstung und gegen einen atomaren Teststopp trägt die Bundesrepublik zudem Mitverantwortung für die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrages, der die Atomwaffenstaaten ausdrücklich zur Abrüstung verpflichtet.

Vor dem Hintergrund der im September 1985 in Genf stattfindenden 3. internationalen Atomwaffensperrvertrags-Überprüfungs-konferenz* wollen wir zeitgleich mit einer bundesweiten Konferenz die Rolle der Bundesrepublik bei der Entwicklung und Weiterverbreitung von Atomwaffen in das Blickfeld der Öffentlichkeit rücken.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich lange dagegen gewehrt, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. 90 Unionspolitiker, darunter die heutigen Minister Wörner, Zimmermann und

Mertes stimmten selbst noch 1974 im Bundestag gegen die Ratifizierung dieses Vertrages.

Aber auch die Politik der diversen Bundesregierungen nach Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag läßt sich mit einer konsequenten Nichtverbreitungspolitik nicht in Einklang bringen:

- Warum liefert die Bundesrepublik seit 1975 Atomanlagen und/oder nukleare Komponenten überwiegend in Länder, die dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind und die militärische Option verfolgen (Brasilien, Argentinien, Südafrika u.a.)?
- Warum beteiligt sich die Bundesrepublik derzeit an der Errichtung und Plutoniumbeschickung des Schnellen Brütters in Malville, der das Spaltmaterial für die französische Atomstreitmacht liefern soll?



*Nach Auffassung der bayerischen Staatsregierung „diskriminiert der Vertrag die Bundesrepublik Deutschland. Er mache die Atombewaffnung einer möglichen europäischen Streitmacht völkerrechtlich angreifbar und verbiete eine Atombewaffnung der Bundeswehr.“
(Die Welt, 6.5.74)*

- Welche militärischen Perspektiven ergeben sich für die Bundesrepublik aus dem Einstieg in die Plutoniumwirtschaft durch Schnelle Brüter und WAA? Welche Perspektiven bestehen schon heute durch die geheimgehaltene Verwahrung waffenfähiger Rohstoffe in Hanau und wie ist vor diesem Hintergrund der geplante Ausbau der Hanauer Lagerstätten für hochangereichertes Uran und Plutonium zu bewerten?
- Wie einflußreich sind die Kräfte in der BRD, die eine „Westeuropäische Atomstreitmacht“ mit bundesdeutscher Beteiligung oder eine nationale Atombewaffnung fordern? Wird die Diskussion über eine Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU) als Vehikel für eine Westeuropäische Atomstreitmacht benutzt? Welche Konsequenzen würde die Errichtung einer solchen Atomstreitmacht in Europa und im Hinblick auf die weltweite Kriegsgefahr haben?
- Schafft sich die Bundesrepublik mit der Beteiligung an Weltraumprogrammen (deutsch-französisches Satellitenprogramm, Kooperation mit den USA) u.a. eine Voraussetzung für die gleichberechtigte Integration in die Reihen der Atommächte?
- Steht die Entwicklung weitreichender Flugkörper durch die BRD in einem Zusammenhang mit Bestrebungen nach einer möglicherweise eigenen Atomstreitmacht?
- Wie ist das Eintreten der Bundesregierung für die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen, gegen die Einbeziehung der Nukleararsenale von Frankreich und Großbritannien in Abrüstungsverhandlungen und gegen einen Teststopp für Atomwaffen im Zusammenhang mit der Abrüstungsverpflichtung des Atomwaffensperrvertrages zu bewerten?

Über diese Fragen wurde bisher in der Bundesrepublik öffentlich kaum diskutiert. Soweit die Themen überhaupt aufgegriffen wurden, geschah dies meist in isolierter Form – Anti-AKW-Bewegung, Dritte-Welt-Gruppen und Friedensbewegung betrachteten jeweils Teilaspekte, nicht den Gesamtzusammenhang.

Die Konferenz „Atomwaffensperrvertrag und Bundesrepublik Deutschland“ wird daher vor allem zwei Funktionen erfüllen: Aufbrechen der Tabuisierung, Aufheben der Zersplitterung der Diskussion! Vor dem Hintergrund der weltpolitischen Situation wird die Politik der Bundesrepublik analysiert werden. Wir brauchen Antworten auf die offenen Fragen, müssen zu einer gemeinsamen Einschätzung kommen – um dann gemeinsam gegen atomare Rüstung, gegen die Weiterverbreitung nuklearer Technologien und gegen das Atomprogramm in der Bundesrepublik vorgehen zu können.

Alternativkonferenz

im September

Atomwaffensperrvertrag und
Atomprogramm der BRD

Bonn (taz) - Begleitend zu der am 2. September 85 in Genf beginnenden mehrwöchigen Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages wird es eine von der Anti-AKW-Bewegung initiierte Alternativkonferenz geben. Daran werden sich sowohl die Grünen als auch SPD-Vertreter aktiv beteiligen. Schwerpunkte werden die Rolle der Bundesrepublik als Atomtechnologie-Exporteur, ihr Verhalten zur atomaren Rüstung (einschließlich der Atomwaffentests) und die militärische Bedeutung der Atomanlagen in der Bundesrepublik sein.

Dies beschlossen die 35 Vertreter aus verschiedenen Anti-Atom-Initiativen, von Greenpeace, entwicklungspolitischen Aktionsgruppen sowie SPD und Grünen, die sich in Bonn zur Vorbereitung gemeinsamer Aktivitäten anlässlich der geplanten Genfer Konferenz trafen. Weitgehende Einigung wurde über den Aufrufertext erzielt. In der Diskussion darüber entwickelte sich insbesondere zwischen Petra Kelly und Wolfgang Biermann von der SPD-„Initiative für Frieden und Sicherheit“ eine lebhaftige Diskussion

über die Bedeutung des geplanten französisch-deutschen Aufklärungssatelliten, in dem Petra Kelly einen wichtigen Beitrag zur französischen Atomstrategie sieht. Biermann bezeichnet diese Argumentation als „weit hergeholt und wenig hilfreich“. Die Option einer bundesdeutschen Beteiligung an Atomwaffen im Rahmen einer westeuropäischen Atomstreitmacht soll in der Konferenz ebenso hinterfragt werden, wie die Gründe des Einstiegs in die Plutoniumwirtschaft und die Lagerung waffenfähiger Spaltstoffe in Hanau.

Zustimmung auch bei der SPD fand die Forderung „Kampf gegen das Atomprogramm der Bundesrepublik“. Der Aufruf richtet sich ferner gegen die „atomare Rüstung“ und „die Verbreitung nuklearer Technologie“. Stattfinden wird die Alternativkonferenz vom 6.-8. September 85. Das nächste Vorbereitungstreffen, bei dem es um die Festlegung des genauen Trägerkreises und die Bestimmung der Referenten gehen wird, findet am 20. April wieder in Bonn statt. Kontakt: Matthias Küntzel, 0228/169112 helmi



DAS WAR ERST DER ANFANG...

3 1/2 JAHRE WAA-WIDERSTAND IN BAYERN

Wir wollen in der folgenden Chronologie einen Überblick über den bisherigen Widerstand geben. Es kann natürlich nur ein kleiner Ausschnitt dessen sein, was in den letzten Jahren in ganz Bayern und speziell natürlich im Großraum Schwandorf an Widerstandsaktivitäten stattgefunden haben – nicht in erster Linie die Vollständigkeit aller Aktivitäten, sondern vielmehr die Viel-

falt wollen wir hier dokumentieren.

An den Anfang wollen wir zwei Zitate von einschlägigen bayerischen Politikern setzen, die noch einmal deutlich machen sollen, wie wir uns auch in Zukunft auf die Ehrlichkeit „unserer“ Politiker verlassen sollten:

1980

30.6.1980 Umweltminister Dick: „Wiederaufarbeitung im Raum Schwandorf-Wackersdorf abwegig.“

1981

30.6.1981 Wirtschaftsminister Jaumann: „Wackersdorf kaum Standort für eine WAA.“

12.8.1981 Regensburger Initiative gegen Atomkraftwerke (RIGA) erklärt: die WAA, für die Strauß sich einsetzt, soll nach Wackersdorf kommen.

15.10.1981 Gründung der Schwandorfer Bürgerinitiative die innerhalb relativ kurzer Zeit zur mitgliederstärksten Bürgerinitiative in der ganzen BRD wird.

14.11.1981 2 000 Menschen demonstrieren in Regensburg gegen die WAA.

2.12.1981 Großveranstaltung der Bürgerinitiative Schwandorf und des Bund Naturschutz in der Oberpfalz mit 2 000 Besuchern.

1982

30.1.1982 Demonstration anlässlich einer Mandatsträgerkonferenz in Schwandorf mit 4 000 Teilnehmern mit vielen Traktoren.

im Februar Prof. Dr. Begemann verfaßt einen Offenen Brief an alle bayerischen Ärzte, mit dem sich über 200 Oberpfälzer Ärzte solidarisch erklären.

13.2.1982 Dezentraler bayernweiter Aktionstag mit Veranstaltungen, Demonstrationen und Straßenaktionen

27.3.1982 Die Landeskonzferenz der bayerischen Anti-AKW-BIs ruft zur Großdemonstration nach Schwandorf auf, anlässlich der Beantragung des Raumordnungsverfahrens durch die DWK. Es kamen 15 000 Demonstranten.

Pfingsten '82 Pfingsttreffen der WAA-Gegner in Teublitz mit ökumenischem Gottesdienst.

9.6.1982 Die Bürgerinitiative erarbeitet eine 21seitige Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren, die allen Kommunalpolitikern zugeht.

4.9.1982 Großdemonstration in Regensburg anlässlich der Eröffnung des Raumordnungsverfahrens. 10 000 Teilnehmer.

1.-10.10.82 Ausstellung „Alternative Energien“, 3 000 erwachsene Besucher, 1 000 Schüler.

10.10.82 Landtagswahlen in Bayern: CSU verliert um 3,5 Prozent, SPD hat leichte Gewinne, die Grünen erreichen knappe 5 Prozent.

1.11.82 Demonstrative Familienwanderung am Standort (Bohrloch), 1 000 Teilnehmer, Baum-Patenschaften.

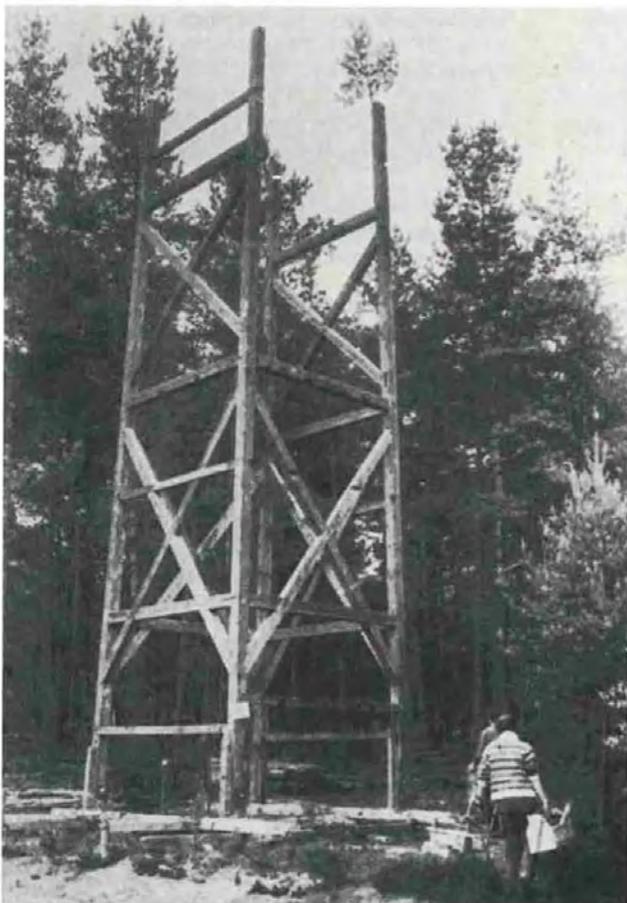
15.11.1982 Bürgerinitiative erarbeitet Einsprüche für das atomrechtliche Verfahren, ein Rechtshilfefonds wird eingerichtet.

29.11.1982 Dieter Hildebrandt und Gerhard Polt wird der „Grüne Zweig“ vom Bund Naturschutz in Schwandorf überreicht. 2 000 Besucher in der Oberpfalzhalle.

20.12.1982 Adventsfeier der Bürgerinitiative am Standort mit Geistlichen beider Konfessionen. 500 Teilnehmer.



- 22.1.1983 Demonstrative Familienwanderung mit ca. 1 000 Teilnehmern am Standort Altschwand.
- 9.-24.2.82 Wahlaufrufe „Keine Stimme für die CSU“, daraufhin verlassen Kaplitz und Kraus die BI (CSUler).
- 24.-27.2.82 Internationales Hearing der Grünen in Regensburg und Schwandorf mit 22 bekannten Referenten zur WAA.
- 4.4.83 Osterspaziergang der Grünen zum Standort, 400 Teilnehmer.
- Ostern '83 Die Bohrstelle LB 1 (Nahe Bahnhof Altschwand) wurde „aus Liebe zum Wald und aus Ehrfurcht vor dem Leben“ zugepflanzt.
- April '83 Bürgerinitiativen gegen die WAA unterstützen eine Demonstration der Maxhütte-Arbeiter: „Der Grabstein der Maxhütte darf nicht zum Grundstein der WAA werden.“
- 16.4.1983 Veranstaltung in Bodenwöhr: Referenten aus Wuhl, Gorleben und Grafenheinfeld berichten von ihren Erfahrungen im Widerstand gegen die Atomanlagen.



- 7.5.1983 Auf einem von der BI gepachteten Grundstück angrenzend zum WAA-Gelände errichteten WAA-Gegner einen 12 Meter hohen Holzturm, gedacht als Mahnmal des Widerstands gegen die WAA. Zehn Tage später erhält der Pächter des Grundstücks vom Landratsamt Schwandorf einen Bescheid, in dem er aufgefordert wird, das Holzgerüst innerhalb von 24 Stunden zu beseitigen. Obwohl dem Einspruch dagegen vom Verwaltungsgericht in Regensburg am 18.5. stattgegeben wird, wird der Turm in einer Nacht-und-Nebel-Aktion am 20.5. um 6.45 Uhr von 200 Polizisten abgerissen und in Stücke zersägt. Der Bescheid

darüber wird dem Pächter erst um 8.00 Uhr, nach vollendeten Tatsachen, zugestellt. Begründet wird der Abriß von der Polizei damit, der Turm hätte als „Kommandozentrale“ für gewalttätige Störer und Chaoten auf der Demonstration, die am nächsten Tag stattfand, dienen sollen. Dieser Vorfall hat noch ein längeres gerichtliches Nachspiel, nachdem die BI den Frei(?)staat Bayern wegen der widerrechtlichen Beseitigung des Holzturms verklagt. In der Urteilsbegründung vom August '84 des Verwaltungsgerichts Regensburg heißt es dann, die Art und Weise der Beseitigung sei zwar rechtswidrig gewesen, nicht aber die Anordnung als solche, das Holzgerüst zu entfernen.

- Anfang Mai In mehreren Landkreisen der Oberpfalz und darüber hinaus werden als Reaktion auf den Beginn der Probebohrungen in einer nächtlichen Aktion die Ortsschilder mit Plakaten „WAAckersdorf – Bohrbeginn ist Baubeginn“ beklebt. Die Polizei ermittelt wegen Sachbeschädigung.



- 13.5.1983 20 Atomkraftgegner ziehen durch die Altstadt von Regensburg, um mit einem Spruchbandwurm „Keine WAA in Wackersdorf – Stoppt die Atommafia“ auf den Beginn der Bohrungen aufmerksam zu machen. Dabei wurde an mehreren Stellen durch kurzzeitige Straßenblockaden Aufsehen erregt.
- 20.5.1983 Auf dem Amberger Marktplatz wird ein Riesenkamin aufgestellt, an dessen Spitze Oberpfälzer Ortsschilder angebracht sind, um deutlich zu machen, daß die WAA auch in weiter Entfernung noch ihre Strahlen hinschickt.
- 21.5.1983 Großdemonstration anlässlich des Bohrbeginns mit 5 000 Teilnehmern, 1 200 Polizisten im Einsatz, die Zufahrt nach Schwandorf ist mit Nagelbrettern, MPs und Diensthunden hermetisch abgeriegelt.
- 28.5.1983 Klage beim Verwaltungsgericht Regensburg soll Rechtswidrigkeit des Polizeieinsatzes klären (Kosten des Einsatzes: 57 000 Mark).
- 13./14.8.83 Anti-WAAhnsinns-Festival in Burglengenfeld, 600 Besucher.
- 27.8.-11.9.83 Auf einer Wiese in Kölbldorf (ca. 5 km vom Bauplatz) findet das erste Sommerlager gegen

die WAA statt. Im Verlauf von täglichen Waldspaziergängen werden einige Wasserschläuche zu den Bohrstellen zerstört. Bei einigen Baufahrzeugen soll auch Zucker im Tank deponiert worden sein.

31.8.1983

Während des Sommerlagers findet eine Aktion statt, die unter der Bezeichnung „Indianerüberfall“ bekannt wird. Mehrere als Indianer geschminkte WAA-Gegner umzingeln eine Bohrstelle und machen mit Indianergeheul auf sich aufmerksam. Einige der Indianer sollen dabei angeblich das Bohrfahrzeug besetzt haben. Im Verlauf des Geschehens kommt es zu gewalttätigen Ausschreitungen seitens des Bohrstellenleiters, der drei Indianer verletzt. Zwei davon durch einen Schlag mit einer schweren Eisenstange, dem dritten warf er einen schweren Hammer (Fäustel) in den Rücken. Da die beiden Verletzten darauf bestanden, Anzeige gegen den Bohrstellenleiter wegen Körperverletzung zu erstatten und deshalb auf das Eintreffen der Polizei warten, kommt es wegen dieser Aktion zu Prozessen vor dem Amtsgericht Schwandorf. Jedoch nicht gegen den Bohrstellenleiter – das Verfahren gegen ihn wegen Körperverletzung und versuchten Totschlags wurde eingestellt – sondern gegen sieben Indianer wegen Hausfriedensbruchs und Nötigung. In der Verhandlung im März 1984 wurden fünf freigesprochen und zwei zu Geldstrafen verurteilt.

Sommer 1983

Wie aus einer späteren Erklärung bekannt wird, versucht eine „Oberpfälzer Befreiungsfront – Bewegung 20. Mai“ die Fensterscheiben des OBAG-Gebäudes in Regensburg einzuschmeißen, was jedoch an deren Sicherheitsglas scheitert. Die Bezeichnung „Bewegung 20. Mai“ bezieht sich offenbar auf den Tag des Abrisses des Holzturms auf dem WAA-Gelände.



17.9.1983

Straßenaktion in Amberg: Atommüllfässer werden durch die Straßen gerollt um auf die Gefahren des Atommülltransports hinzuweisen.

Anf. Okt. '83

An der Stelle, an der bereits der Holzturm gestanden hatte, wollen WAA-Gegner eine Hütte errichten. Nachdem bereits ein Teil des Materials abgeladen und das Fundament der Hütte errichtet ist, wird der Lkw, der weiteres Material für die Hütte anliefert, von der Polizei umstellt und beschlagnahmt. Dabei kommt es kurzzeitig zu Rangeleien zwischen Hüttenbauern und der Polizei, die jedoch aufgrund des ungleichen Kräfteverhältnisses bald aufgegeben werden. Die BI Schwandorf distanziert sich von dieser Aktion als „unnötig und der Sache abträglich“.

29.10.1983

Flugblattaktion „Christen wehren sich“.

Herbst '83

Wie aus „gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen“ bekannt wird, konnte bei den Waldspaziergän-

gen während der Probebohrungen folgendes Resumee gezogen werden: mehrere durchgeschnittene Schläuche, eine Wasserpumpe ging verloren, eine gab den Geist auf, an mehreren Baufahrzeugen sollen Schäden entstanden sein.

DWK Wir sind ein deutsches Großunternehmen mit staatlicher Beteiligung und suchen ab sofort

Mitarbeiter für Sicherungs- und Bewachungsaufgaben

Nach Durchführung aller demokratischen Formalien ist in Kürze mit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für das geplante Großprojekt – WAA – im Raum Schwandorf durch das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen zu rechnen. Im Hinblick auf die vorrangig finanziellen Interessen aller Beteiligten ist mit erster Priorität die Errichtung der Zwischenlagerhallen für hochradioaktive Abfälle zu betreiben. Erfahrungsgemäß wird der Einsatz von qualifizierten Sicherheitskräften bereits beim Bau der Anlagen unumgänglich sein.

Als Grundqualifikation für alle Bewerber genügen abgeleitete Dienstzeiten bei Bundeswehr/BGS/Bereitschaftspolizei. Dringend erwünscht ist ausreichendes Aggressionspotential und gutes Waffenhandlung.

Bezahlung erfolgt in Anlehnung an den öffentlichen Dienst mit den dort üblichen Sozialleistungen.

Senden Sie Ihre ausführliche Bewerbung mit Foto, handschriftlichen Lebenslauf und Beschreibung Ihrer bisherigen Tätigkeit an unsere Direktion.

Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mit beschränkter Haftung, Kapitalallee 18 – 23, 3000 Hannover

26.11.1983

Eine fingierte Zeitungsanzeige sorgt für große Aufregung: die DWK sucht angeblich Mitarbeiter für Sicherungsaufgaben mit ausreichendem Aggressionspotential.

Nov. '83

Gefälschter Rundbrief in Nürnberg, in welchem der Nürnberger Oberbürgermeister auf die Gefahren der WAA aufmerksam macht und auf die Einwendungsmöglichkeit gegen die WAA aufmerksam macht.



Nov. '83

Abgabe eines Atommüllfasses an die Bundesbahndirektion in Nürnberg, u.a. wird gefordert, den Katastrophenschutzplan offenzulegen.

- 5./6.12.1983 Unter der Überschrift „Der Nikolaus war da“ bekennen sich „Autonome Gruppen gegen die WAA und den Wahnsinn“ dazu, in einer nächtlichen Aktion in der gesamten Oberpfalz an die 150 Trafohäuschen der OBAG und deren Hauptgebäude in Regensburg mit der Forderung „WAA – Nein“ und „Atommafia“ verziert zu haben. Es wird hingewiesen auf die Beteiligung der OBAG am AKW Ohu II bei Landshut und deren Interesse an der Errichtung einer WAA.



1984

- 27.1.1984 Horst Schmidt (Grüne) reicht beim Verwaltungsgericht Klage gegen die WAA ein, die am 3.2.84 zurückgewiesen wird.
- 5.2.1984 Ökumenische Bittwallfahrt gegen die bedrohte Umwelt auf den Kreuzberg, 500 Teilnehmer. Justizminister Lang beschimpft die hier engagierten Christen.
- 7.2.1984 Beginn des Erörterungstermins in Neunburg v. W., zu dem die Bürgerinitiativen 53 000 Sammeleinsprüche und 600 Einzeleinwendungen gesammelt hatten. Die BIs forderten erfolglos die Aussetzung des Erörterungstermins, da auf die Einwendungen gar nicht eingegangen wurde.
- 9.2.1984 Die Einwender kündigten unter Protest die Teilnahme am Erörterungstermin auf und ziehen aus.
- 22.2.1984 Das „Zentralkomitee der Oberpfälzer Befreiungsfront – Bewegung 20. Mai – Sektion Schwandorf e.V.“ bespricht das DWK-Infobüro in Schwandorf mit WAA-Nein-Parolen und wirft mehrere Fenster des Gebäudes ein. Weitere Aktionen gegen die DWK werden angekündigt.

- März 1984 Plakataktion zum Baustoppende von Ohu II.
- 4.4.1984 Die Oberpfälzer Befreiungsfront, Bewegung 20. Mai, die sich als „Guerilla aus den Oberpfälzer Wäldern“ bezeichnet, schießt mit Stahlkugeln die Fensterscheiben des OBAG-Gebäudes in Regensburg ein.
- 14.4.1984 Staubsaugerbeutel-Aktion bei der DWK: die BI übergab der DWK Staubsaugerbeutel zur Untersuchung, nachdem die DWK behauptet hatte, daß die Plutoniumkonzentration, die in der Nähe der WAA Windscale/England festgestellt wurde, vom Fall-Out der Atombombenversuche stamme. Demnach müßten jedoch die Plutonium-Werte in Schwandorf ähnlich hoch sein: Ergebnis: Blamage für DWK-WAA-Windscale 1000fach höhere Werte.
- 8.5.1984 Demonstration durch Hersbruck, um auf die Gefahren des Atommülltransports durch die WAA aufmerksam zu machen.
- 6./7.6.1984 „Autonome Gruppen aus der Oberpfalz“ errichten in einer Blitzaktion zunächst unbemerkt von der Polizei eine Holzhütte, just an dem Platz, an dem das selbe Vorhaben im Herbst des vorigen Jahres gescheitert ist. Die Abrißverfügung vom Landratsamt Schwandorf läßt nicht lange auf sich warten, mit der Begründung, das Gebiet um das WAA-Gelände sei Landschaftsschutzgebiet. Als einen Monat später der Pächter und einige seiner Bekannten die Hütte abbauen wollen, taucht ein Großaufgebot von ca. zehn Polizeifahrzeugen, Kripo, Technisches Hilfswerk und Oberregierungsrat Bösenacker vom Landratsamt Schwandorf auf und bietet die Mithilfe beim Abriß an. Obwohl dies dankend abgelehnt wird, macht sich das THW unter tätiger Mithilfe der Polizei daran, die Hütte abzureißen und wegzutransportieren. Den WAA-Gegnern wird vorgeworfen, sie hätten das Material nicht wegschaffen wollen, sondern damit sogar noch Tische und Bänke errichten. Und das in einem Landschaftsschutzgebiet!





28.9.1984 Landrat Schuierer blockiert die Auslegung des Bebauungsplans und muß nach 14 Tagen auf Weisung des Innenministeriums einlenken.

30.9.1984 Nach dem Bau des Mahnmals ökumenische Einweihung des Franziskus-Mahnmals am WAA-Standort, 500 Teilnehmer.



5.10.1984 Großkundgebung der BI in Neunburg v.W., 1 200 Besucher.

12.10.1984 In der Oberpfalz und in anderen Teilen Bayerns werden Verkehrsschilder mit „WAA Nein“ besprüht.

12.10.1984 Mahnwache bei der DWK von der Friedensinitiative Schwandorf im Rahmen der Friedenswochen. Es wird auf den Zusammenhang WAA-Plutonium-Atombombe hingewiesen.

12.10.1984 Auf dem Sommerlager 1984 auf der Wiese beim Bahnhof Altschwand wurde auf einer Aktionskonferenz der Bürgerinitiativen im Beisein von Schwandorfer Vertretern eine nächtliche Sprühaktion beschlossen, mit der die Vorfahrtsschilder an den Straßen oberpfalzweit mit dem Zeichen

für Radioaktivität und der Aufschrift WAA Nein besprüht werden sollten. Obwohl der Termin (die Nacht zum 12.10.) sehr kurzfristig festgelegt wird, scheint die Polizei davon Wind bekommen zu haben, so daß Sonderstreifen eingesetzt wurden. In jener Nacht wurden fünf Leute festgenommen, denen die Aktion in die Schuhe geschoben werden soll. Ein Verfahren läuft noch. Es ist die Rede von einem Sachschaden von 20 000 Mark. Die BI Schwandorf distanziert sich im nachhinein von dieser Aktion und erklärt, sie sei nicht verantwortlich für Aktionen „Einzelner oder von Splittergruppen“.

10./11.12.84 In der Nacht zum 11.12. werden in der Schwandorfer Innenstadt an 60-70 Stellen Parolen gegen die WAA gesprüht. In diesem Zusammenhang werden acht Personen aus Regensburg festgenommen und der Tat verdächtigt. Die Amberger Kripo hält die Tatverdächtigen über 12 Stunden fest und unterzieht sie einer ED-Behandlung. Das in dieser Nacht vollbrachte Werk bildet die Hintergrundkulisse in mehreren Fernsehberichten über die WAA.

19.12.1984 Die BI Schwandorf überreicht Landrat Schuierer eine Ehrenurkunde für „außerordentliche Verdienste um die Oberpfälzer Heimat“. Damit wurde seine aufrechte Haltung gewürdigt, den Bebauungsplan erst mit zeitlicher Verzögerung auszulegen.



1985

Ende Jan. '85 Bei der Wetterstation am Mappenberg bei Wackersdorf, die für die geplante WAA Wettermessungen durchführt, wurde ein mysteriöser Brandsatz entdeckt, ein Plastik-Kartoffelkorb mit 10 l Benzin-Diesel-Gemisch, Kerzen und treibstoffgetränkter Kleidung. Bei einem Bauern aus der Region wird daraufhin eine Hausdurchsuchung durchgeführt, es tauchen Fahndungsplakate der Polizei im Stil der RAF-Fahndung auf, auf denen 1 000 Mark für sachdienliche Hinweise geboten werden.

- 4.2.1985 Tag der Standortbekanntgabe. Demonstration mit Fackelzug auf dem Marktplatz Schwandorf (3 000 Teilnehmer) und in vielen anderen Städten in ganz Bayern.
- 12.2.1985 Das Volksbegehren Nationalpark Bodenwöhrer Senke wird von den BIs und den Grünen mit 28 000 Unterschriften im Bayerischen Innenministerium abgegeben.
- 16.2.1985 Großdemonstration in Schwandorf (40 000 Teilnehmer), Redner u.a. Karl-Heinz Hiersemann, Otto Schily, Landrat Schuierer, Robert Jungk, Lilo Wollny, H. Weinzierl. Anschließend Waldspaziergang am WAA-Baugelände mit ca. 6 000 Menschen. Während der Großdemonstration in Schwandorf und auf dem Baugelände werden Bäume auf dem WAA-Gelände, die bald den Holzfällern zum Opfer fallen sollen, vernagelt, um das Fällen mit Motorsägen zu erschweren.
- 24.3.1985 Es ist geplant, einen gemeinsamen Sonntagsspaziergang von Menschen aus mehreren BIs durchzuführen. Treffpunkt 15.00 Uhr Gaststätte Lorenz. Bei reger Beteiligung sollen evtl. wieder jede Woche Sonntagsspaziergänge als regelmäßige Einrichtung eingeführt werden.

1. Süddeutsche UMWELTMESSE

Regensburg
19.-28.

April 85
Dultplatz



Wissenschaft Kunst

Biobier · Strom aus Sonne · 15 m Pottwal
Minizoo · 120 Infostände · Festzelt
4 Filmzelte · Lehndom · u. v. m.

Benefiz für:

amnesty international und Greenpeace

DAS WAR ERST DER ANFANG...



ENDLICH IST ES SOWEIT! ES GIBT EINEN NEUEN AKTUELLEN VERTEILER:

Nur kurz zur Erläuterung: Falls bei einer BI mehrere Adressen stehen, ist die 1. Adresse als Versandadresse bei uns im Verteiler. Die anderen Namen haben wir nur angegeben, daß mensch sich bei eventueller Abwesenheit der Kontaktperson doch noch an einen kompetenten Menschen der Bürgerinitiative wenden kann.

Jetzt noch eine ganz große Bitte, beachtet bitte das Kästchen am Ende der Verteilerliste. Unser Spürsinn - was Kontaktadressen von BIs anbelangt - ist zwar sehr gut, aber Hellsehen können wir trotzdem noch nicht.

BI Altdorf	Lisa Ehm Hegnenberg 6 8503 Altdorf 09187/87 76	Bürgerforum Landshut	Thomas von Taauffenbach Daanstr. 13 8300 Landshut 0871/65 886	Ortsgruppe Schwandorf	Karlheinz Kargermeier Ströberstr. 13 8460 Schwandorf-Fronberg 09431/20 435
BI Amberg	Helmut Wilhelm Langangerweg 42 8450 Amberg 09621/61 279	Bürgerforum Landshut	Gernot Häublein Bussardstr. 2 8311 Altfraunhofen 08705/10 23	Ortsgruppe Nittenau	Dieter Kirpal Sandweg 2 8415 Nittenau 09436/4 53
BI gegen Atomanlagen	c/o Arthur Hoch Vogelauer 29 8900 Augsburg 0821/51 60 04	Bürgerforum Landshut	Sepp Fleck Elbestr. 15 8300 Landshut 0871/52 551	Ortsgruppe Städtedreieck	Brigitte Karg Buchenweg 11 8412 Burglengenfeld
Aktion Umweltschutz e.V.	c/o Jörg Westerhoff Hochfeldstr. 31 8900 Augsburg 0821/51 60 04	BI Mitterteich	Franz Kunz Ernst-Reuter-Str. 7 8596 Mitterteich 09633/29 84	Ortsgruppe Schwarzenfeld	Michael Rohr Waldstr. 3 8472 Schwarzenfeld-Traunricht 09435/19 96
B I G A	Christian Mose Pestalozzistraße 5 8600 Bamberg 0951/47 182	BI Mitterteich	Erich Dickert Königshütte 7 8596 Leonberg 09633/29 84	Ortsgruppe Bruck	Josef Fischer Kellbidorf 8466 Bruck 09434/13 56
B I G A	Hubert Sachs Grünhundsbrunnen 3 8600 Bamberg	MAI-Laden München	Maistr. 29 8000 München 5	Ortsgruppe Bruck	Helmut Ertel Silberbergstr. 6 8466 Bruck 09434/25 16
BI Cham	Johannes Lindenaayer Kühlberg 7 8492 Ränka 09973/9855	V.U.A. München	Kurt Neumann Metzstr. 11 8000 München 089/48 01 374	Ortsgruppe Nabburg	Hans Bemaerl Schaidgasse 5 8470 Nabburg 09433/62 56
öko-Institut Darmstadt	Stefan Kohler Wittmannstr. 45 6100 Darmstadt	SAD-Gruppe München	Gerd Müller Belfortstr. 3 8000 München 089/48 83 48	Ortsgruppe Nabburg	Agnes Dietz Karlsbader Str. 2 8470 Nabburg 09433/7 50
Anti-Atombüro	Auf dem Ort 10 3549 Diemelstadt-Wethen 05694/737	BI Neumarkt/ Die Grünen	Heinz Hetz Spengerlerstr. 11 8500 Nürnberg 0911/26 08 04	Ortsgruppe Pfreimd	Johann Jobst Fliederweg 9 8473 Pfreimd 09606/15 34
Schutzgem. Donauwörth Stdort. Pfaffenhofen	Dr. Jochen Meyer Birkenweg 2 8851 Buttenwiesen	N I G A	Anita Aschenbrenner Keblerplatz 15 8500 Nürnberg 20 0911/55 83 61	Ortsgruppe Pfreimd	Dr. Hans-Werner Heine Fliederweg 9 8473 Pfreimd 09606/13 79
WAA-Gruppe Erlangen	Matthias Schilling Bismarckstr. 25 8520 Erlangen 09131/22 66 0	BI gegen die WAA	Karin Gleixner Fürther str. 2 8500 Nürnberg 80 0911/26 86 89	Ortsgruppe Neunburg v.W.	Alois Herrmann Ufertal 24 8462 Neunburg v.W. 09672/12 12
Anti-WAA-Gruppe Erlangen	Stefan Pahde Leipziger Str. 8 8520 Erlangen	BI Oberviechtach	Fritz Bilkenroth Burkhardtsberg 1 8478 Teunz 09671/12 56	Ortsgruppe Bodenwöhr	Hermann Schmaucker Hohentreswitz 19 8473 Pfreimd 09606/81 88
Grün-Alternative Liste Forchheim	c/o Peter Mraz Goldwitzer Str. 20 8524 Neunkirchen/Brand 09134/50 17	B I W A K	BIWAK-Büro Spiegelgasse 10 8400 Regensburg 0941/55 555	Jugendzentrum im Städtedreieck	Postfach 1174 8412 Burglengenfeld
Die Grünen Nürnberg	Karl-Bräger-Str. 32 8500 Nürnberg 40 0911/45 59 84	B I W A K	Dieter Braun Am ölberg 12 8400 Regensburg 0941/57 639	BI Sulzbach-Rosen- berg	Ingrid Hartl Adolf-Kolping-Str. 9 8468 Sulzbach-Rosenberg 09661/25 69
AK Energie der Grünen	Dorothea Wieczorek Beutzstr. 4 8000 München 089/27 17 514	GRÜNSPAN	c/o Olli Scheurer Reinhausener Damm 5 8400 Regensburg 0941/44 182	Bürgerforum Umwelt e.V.	Galgenberg 3 8358 Vilshofen
AK Energie der Grünen	Alfred Körblein Engelhardstr. 4 8000 München 70	BI Regenstau	Isabel u. Hans-Werner Robold Marktplatz 9 8413 Regenstau 09402/34 08	BI Weiden	Jost Hess Hohenstaufenstr. 99 8480 Weiden 0961/27 156
KO-Ausschuß der Grünen	Kolloseusstraße 6 8000 München 5 089/26 68 68	Bürgerinitiativen Schwabem	c/o Clewentine Rothenstein Quellenweg 7 8871 Burtenbach 08285/582	BI Weiden	Heinrich Schroeder Gailersreuth 2 8482 Floß 09603/22 37
BI Hersbruck	Wolfgang Gröner 8561 Eschenbach 71 09154/85 64	BI gegen die WAA Schwandorf	c/o Helmut Wehrauch Isserstr. 7 8464 Wackersdorf	Umweltgruppe Würz- burg	Herbert Bull Bayernstr. 22 8700 Würzburg
BI Kallmünz	Karl Haauer Galgenberg 5 8411 Kallmünz 09473/10 51	BI gegen die WAA Schwandorf	Dieter Kersting Kaltersbergstr. 1 8460 Schwandorf 09431/18 46		

An Alle!
Damit die Adressen stets auf dem neuesten Stand sind: Bitte füllt untenstehenden Coupon in Eurer Sonntagschrift aus.

Uns gibts nimmer! Bitte streichen:

.....

Uns gibts zwar noch, aber woanders:

.....

Wir sind neu/ Wir kommen eine neue BI:

.....

F. J. STRAUSS
und seine Horden
wollen unsere
Heimat morden

KARTOFFELN
KÄSE
MILCH - MALZ
PST. WAG. 7A
SANKT
BER. PREIS.

SAD
ZH 24

SAD-L 67